

(Beginn: 10.06 Uhr)

Eröffnung und Begrüßung

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich heiße Sie alle herzlich zur heutigen Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland willkommen.

Besonders herzlich begrüße ich vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe

- den sich etwa drei Stunden auf der Autobahn befunden habenden zweiten stellvertretenden Vorsitzenden der Landschaftsversammlung. Lieber Herr Kollege Zurbrüggen, Sie müssen näher zum Rheinland kommen.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Schön, dass Sie da sind.

- Diese Bemerkung wird der Landesdirektor des Landschaftsverbandes, Herr Dr. Wolfgang Kirsch, nicht unterstreichen. Er sei aber dennoch sehr herzlich begrüßt, lieber Herr Kirsch.

(Zuruf von der CDU: Gebürtiger Bonner! – Allgemeiner Beifall)

Bevor wir zur Tagesordnung übergehen, möchte ich ganz herzlich dem Herrn Landesrat Reinhard Elzer gratulieren. Er feiert nämlich heute seinen Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Lebhafter Beifall – Landesrat Reinhard Elzer erhält ein Geschenk)

- Solange er nicht zu trinken von dem Zeug anfängt, ist es in Ordnung.

Die Rheinländer müssen immer aufpassen, wenn Westfalen anwesend sind, wie sie sich benehmen. Deshalb, Herr Elzer, Vorsicht!

Ordnungsgemäße Einberufung

Meine Damen und Herren, zu dieser 11. Sitzung der 13. Landschaftsversammlung Rheinland wurde frist- und ordnungsgemäß mit Schreiben vom 07.12.2012 eingeladen.

Die Sitzung wurde im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 30 vom 12. Dezember 2012 öffentlich bekannt gemacht.

Entschuldigungen

Die entschuldigten Personen sind der Verwaltung bekannt; die Namen werden dem Protokoll beigefügt.

Beisitzerin und Beisitzer

Als Beisitzerin und Beisitzer darf ich

- Herrn Lorenz Bahr

und

- Herrn Udo Bayer bitten,

neben mir Platz zu nehmen. Das Protokoll wünscht das so. – Das ist kein Ältestenrat, aber auch keine Jugendveranstaltung, wie man sieht.

(Rehse, Freie Wähler/Deine Freunde:
Er arbeitet die Liste von hinten ab!)

- Weil Sie reden wahrscheinlich.

Anerkennung der Tagesordnung

ist der **Tagesordnungspunkt 1**.

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt eine aktualisierte Tagesordnung vor. Darüber hinaus gibt es folgende Hinweise bzw. Ergänzungen:

- Zu Tagesordnungspunkt 3: Auflösung und Neubildung von Ausschüssen. Ein Antrag der Fraktionen zu diesem Tagesordnungspunkt liegt bis jetzt nicht vor. Damit kann er entfallen.
- Zu Tagesordnungspunkt 4: Umbesetzung in den Ausschüssen: Punkt 4.1 > ALT: Antrag 13/243 der Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde wurde zurückgezogen. Dafür hat die SPD-Fraktion zur Umbesetzung in den Ausschüssen einen Antrag gestellt.

Ich darf Sie fragen, ob Sie mit der so umgestellten Tagesordnung einverstanden sind. – Das ist der Fall; dann haben wir sie so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 2

Verpflichtung neuer Mitglieder

Meine Damen und Herren, Herr Ulrich Weber von der SPD-Fraktion ist zum 18. November 2012 aus der Landschaftsversammlung Rhein-

land ausgeschieden. Für ihn ist Herr Jörg Banemann als Nachfolger nachgerückt.

Herr Banemann, ich darf Sie bitten, sich zu erheben.

Herr Banemann, ich verpflichte Sie auf gesetzliche und gewissenhafte Wahrnehmung Ihrer Aufgaben und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit. Herzlich willkommen in der Landschaftsversammlung!

Tagesordnungspunkt 3:

**Auflösung und Neubildung
von Ausschüssen**

entfällt.

Tagesordnungspunkt 4:

Umbesetzung in den Ausschüssen
– Antrag 13/240 SPD-Fraktion –
– Antrag 13/244 Fraktion Die Linke. –

Diese Anträge liegen Ihnen vor.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 5:

**Schlussbericht des
Rechnungsprüfungsausschusses**
– Vorlage 13/2542 –

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt mit Vorlage 13/2542 der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses vom 30. November 2012 über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie über den Jahresbericht der Rechnungsprüfung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2011 vor. Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Axel Kaske, hat hierüber im Landschaftsausschuss am 17.12.2012 berichtet.

Der Landschaftsausschuss hat die Vorlage in seiner Sitzung beraten und zur Kenntnis genommen.

Wird hier in der Landschaftsversammlung dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann haben wir den **Schlussbericht** so zur **Kenntnis** genommen.

Tagesordnungspunkt 6:

**Feststellung des Jahresabschlusses
für das Haushaltsjahr 2011 des
Landschaftsverbandes Rheinland,
Beschluss über die Verwendung des
Jahresüberschusses und Entlastung
der LVR-Direktorin**
– Vorlage 13/2605 –

Der Landschaftsausschuss hat am 17.12.2012 einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage 13/2605 zu beschließen.

Gibt es den Wunsch, hierzu das Wort zu nehmen? – Das ist nicht der Fall.

Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann ist so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 7:

**Änderung der Entschädigungssatzung
des Landschaftsverbandes Rheinland**
– Vorlage 13/2592 –

Auch hierzu hat der Landschaftsausschuss am 17.12.2012 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir so einstimmig **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 8:

**Satzung über die Zuweisung von Mitteln der Ausgleichsabgabe an die örtlichen Fürsorgestellen im Rheinland für das Jahr 2013
(Ausgleichsabgabesatzung 2013)**
– Vorlage 13/2512 –

Auch diese Vorlage wurde am 17.12.2012 im Landschaftsausschuss beraten, und es wurde einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Sind Wortmeldungen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Wir haben so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 9:

**Archäologische Zone/Jüdisches Museum
Aufhebung des Beschlusses des LA
zum Antrag 13/205**

– gemeinsamer Antrag 13/224
der CDU-Fraktion sowie der
Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde –

Dieser Antrag wurde **zurückgezogen**.

Tagesordnungspunkt 10:

Haushalt 2013

Zur Beratung des Haushaltes schlage ich Ihnen folgendes Verfahren vor:

1. Statements oder Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushalt ist der erste Tagesordnungspunkt. Die Redner werde ich entsprechend der Größe der Fraktionen aufrufen.
2. Abstimmung über die Anträge. Das ist der Punkt 10.1 mit allen Unterpunkten in einer Gesamtabstimmung. Das ist deshalb möglich, weil der Landschaftsausschuss in seiner Sitzung am Montag die Punkte einzeln überwiegend auf der Basis der Beschlüsse des Finanzausschusses beraten hat. Aber der Landschaftsausschuss hat dann formal darüber abgestimmt, sodass wir die einzelnen Anträge der Fraktionen hier nicht mehr aufrufen und beraten müssen. Ich werde sie auf dieser Basis in einer Gesamtabstimmung noch einmal aufrufen und zur Abstimmung bringen, wenn Sie damit einverstanden sind.
3. Abstimmung über die Einwendungen der Mitgliedskörperschaften gegen die Haushaltsatzung ist Punkt 10.2 der Tagesordnung.
4. Unter Punkt 10.3 wird dann die eigentliche Abstimmung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan, Stellenplan und sonstigen Anlagen erfolgen.
5. Danach wird sich Punkt 10.4, die Abstimmung über die Wirtschaftsplanentwürfe, anschließen.

Sind Sie mit dieser Verfahrensweise einverstanden? – Das ist der Fall.

Ich rufe zunächst den Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Einmal, auf, das Wort zu nehmen, wenn er es wünscht.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Sie haben es.

(Einmahl, CDU, auf dem Weg zum Mikrofon: Ich habe es auch für mich so entschieden! – Frau Dr. Strack-Zimmermann, FDP: Das habe ich mir so gedacht!)

Rolf Einmahl (CDU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! "Es gibt nichts Richtiges im Falschen." Dieser Satz von Adorno fällt mir ein,

(Allgemeines Oh!)

wenn man die Haushaltspolitik der Mehrheit beim Landschaftsverband Rheinland betrachtet. Es stellt sich die Frage, welche Ziele eine Haushaltspolitik heute verfolgen muss, wenn sie den Aufgaben gerecht werden will, die zwingend und verpflichtend vom Landschaftsverband erfüllt werden müssen. Andererseits darf in Anbetracht einer ebenso zwingenden und verpflichtenden Schuldenbremse die Gesamtverschuldung der öffentlichen Hände in Deutschland nicht nur nicht weiter ansteigen, sondern sie muss abgebaut werden, wenn zukünftigen Generationen noch Luft zum Atmen bleiben soll.

(Zustimmung bei der CDU)

Daraus kann nur gefolgert werden, dass eine strenge Konsolidierungspolitik verfolgt werden muss, wenn die politisch Verantwortlichen die Zeichen der Zeit richtig erkennen und nicht die Augen vor den drohenden zukünftigen Belastungen verschließen.

Wie notwendig ein strenger Konsolidierungskurs ist, wird uns von unseren Gebietskörperschaften täglich deutlich gemacht:

1. In Wuppertal, einer Stadt mit einem über deren Grenzen hinaus bekannten Theater, drohen drastische Kürzungen in Verbindung mit erhebli-

chen Personalkürzungen und natürlich ein völliger Verzicht auf die Erfüllung von zusätzlichen Wünschen und früheren Zielen.

2. Völlig am Ende ihrer politischen Gestaltungsmöglichkeiten sind die Kommunen, die am sogenannten Stärkungspakt pflichtig teilnehmen müssen und gezwungen werden, einen Konsolidierungsplan zu erarbeiten, der einen Haushaltsausgleich erwarten lässt.

Ein Beispiel hierfür ist die Stadt Bergneustadt, deren Bürgermeister mitteilt, dass er wegen der zwingenden Teilnahme am Stärkungspakt jetzt Bürgerhäuser schließt und Sportstätten und andere städtische Grundstücke verkauft. Der Dienstwagen des Bürgermeisters wird abgeschafft – ja, das werden einige vermissen; das kann ich mir vorstellen –; der Hebesatz für die Grundsteuer B wird bis zum Jahr 2021 auf 1220 Punkte verdreifacht.

Was dies bedeutet, meine Damen und Herren, kann jeder von Ihnen, soweit er mit seinem Herzen noch in der Kommunalpolitik verwurzelt ist, sich vorstellen – und kein Bürgermeister wird mit solchen Plänen bei seinen Bürgerinnen und Bürgern Beifallsstürme entfachen.

In der Stadt Duisburg werden fortschrittliche Programme, beispielsweise Zuschüsse für erwachsene Behinderte, die noch bei ihren Eltern wohnen, gestrichen, um hierdurch 1,5 Millionen Euro einzusparen. Die Folge dieses Streichens ist, dass der Anreiz, der bisher bestand, dass behinderte Menschen noch bei ihren Angehörigen wohnen, jetzt wegfällt und es daher verständlich ist, wenn die Zahl derer, die einen Platz im ambulanten betreuten oder stationären Wohnen suchen, weiter zunimmt.

Eine aus der Not geborene Haushaltseinsparung bei der einen Kommune kann dann bedeuten, dass beim Landschaftsverband Rheinland die Kosten steigen und die gestiegenen Kosten dann wieder von der kommunalen Familie gemeinsam getragen werden müssen.

Logische und richtige Politik wäre es, in einer solchen Situation zu prüfen, ob ein finanzielles Anreizprogramm für das Wohnen von behinderten Menschen bei ihren Familien sogar vom Landschaftsverband rheinlandweit eingeführt werden sollte, um so deutlich höhere Kosten für andere Wohnformen zu vermeiden oder zumin-

dest den Eintritt dieser Kosten zeitlich weiter hinauszuschieben.

(Beifall bei der CDU)

Ein solches mit der Kernaufgabe des Landschaftsverbandes unmittelbar zusammenhängendes Programm ist von der CDU-Fraktion beantragt worden und – wie wäre es anders zu erwarten? – von SPD, Grünen und FDP abgelehnt worden.

Kommen wir zu einem weiteren Thema, welches dem Landschaftsverband Rheinland und insbesondere den Kliniken unseres Verbandes Schaden zugefügt hat. Die Landschaftsversammlung Rheinland hat einmütig eine Reform unserer Kliniken auf den Weg gebracht. Als diese Reform beschlossen wurde, hatten wir das Ziel, dass in unseren Kliniken eine bessere Wirtschaftlichkeit erreicht wird durch eine effizientere Arbeitsweise und eine höhere Eigenverantwortung.

Doch was machen Sie daraus, meine Damen und Herren von der Belastungsmehrheit? Sie betreiben zulasten unserer Kliniken und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, zulasten des gesamten LVR in seiner Wirkung nach innen und nach außen ein unwürdiges Personalgeschachere, welches seinesgleichen sucht.

(Zustimmung bei der CDU)

Das aktuellste Beispiel ist die Besetzung der Kliniken Köln und Düren. Bei der Auswahl für die Funktion eines Vorstandsvorsitzenden einer Klinik muss wegen der Bedeutung der Stelle ein externes Ausschreibungsverfahren stattfinden. So steht es jedenfalls wörtlich in der Verwaltungsakte für die Besetzung dieser Position in Köln.

Dann aber erreicht uns eine Beschlussvorlage der Verwaltung, in der in einer Vorlage zwei Vorstandsvorsitzendenposten besetzt werden sollen. Für die Besetzung der Funktion des Vorstandsvorsitzenden Köln hat es ein Ausschreibungsverfahren gegeben, das von der CDU-Fraktion nicht beanstandet wird.

Im selben Beschluss soll dann die Vorstandsfunktion in der Klinik Düren ebenfalls besetzt werden. Dies erfolgt ohne Ausschreibungsverfahren und unter Missachtung der Beteiligungsrechte des Vorstands in Düren. Der Amtsinhaber in Düren ist noch bis zum 31. August 2013 im

Amt, und dennoch will man diesen Vorstandsposten jetzt im Schweinsgalopp besetzen, um einer Partei-Karriere zu dienen.

Natürlich sind uns die in Rede stehenden Personen hinlänglich bekannt, und es bedarf keiner Anstrengung, um zu erkennen, dass Sie, meine Damen und Herren von der Ampel, nach der Farbenlehre Ihrer Ampel-Personalpolitik Vetternwirtschaft hier beim LVR betreiben.

(Zustimmung bei der CDU)

Welch eine verheerende Wirkung hat ein solches Verhalten sowohl bei der Mitarbeiterschaft des LVR und der Kliniken als auch bei interessierten Bewerberinnen und Bewerbern, die sich zukünftig beim LVR bewerben sollen?

(Rolf Gerd Beu (Bündnis 90/
DIE GRÜNEN): So ein Quatsch!)

Auch das ist ein weiteres Beispiel für verantwortungslose, ja sogar rechtswidrige Politik der Belastungsmehrheit beim LVR.

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist mehr als bedenklich, wenn der Eindruck entsteht, Personalvorlagen würden von der Koalition aus SPD, Grünen und FDP diktiert, und die Verwaltung wird zum willfährigen Werkzeug von Parteiwünschen.

(Lars Oliver Effertz [FDP]: Unverschämt!)

Dies widerspricht in eklatanter Weise der verfassten Grundlage des LVR und führt zu einer Mischverwaltung, bei der die Grenzen zwischen Verwaltungshandeln und politischer Kontrolle völlig verwischt werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Eigentlich habe ich beim Lesen der Vorlage 13/2611 gedacht, diese kann nur von einer Hilfskraft verfasst worden sein und nicht dem Willen einer so erfahrenen Fraktion wie der SPD entsprechen. Wir begrüßen es, dass die Landesdirektorin aufgrund unserer Einwendungen, unserer Fragen und vor dem Hintergrund meiner Akteneinsicht dem rechtswidrigen Treiben ein Ende gesetzt hat.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb empfehle ich Ihnen, meine Damen und Herren von der Belastungsmehrheit: Lassen Sie in Zukunft solch ein unseriöses und politisch motiviertes Geschachere sein, und ersparen Sie unserer Verwaltung die Peinlichkeit, Ihren Unsinn korrigieren zu müssen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ihre Lernfähigkeit ist allerdings begrenzt. Es hat jetzt die Ausschreibung für die Stelle in Düren gegeben. Am 8. Dezember war die Ausschreibung in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" mit einer ungewöhnlich kurzen Bewerbungsfrist bis zum 22. Dezember. Nur zwei Wochen!

(Martina Zsack-Möllmann (Bündnis
90/DIE GRÜNEN): Das ist normal!)

Das ist völlig entgegen allen bisherigen Gepflogenheiten. Und auch das hat wieder den Geschmack der Mauschelei, und wir werden das weitere Verfahren sehr genau beobachten.

Einen weiteren Unsinn stellt Ihr Beschluss zur Archäologischen Zone/Jüdisches Museum dar. Sie haben einen seit Bestehen des LVR noch nie da gewesenen Protest der kommunalen Familie herbeigerufen,

(Widerspruch bei SPD, GRÜNEN und FDP)

und mit Ihrer Vorgehensweise einen Keil in die kommunale Familie getrieben, der dazu beiträgt, dass der LVR als Umlageverband die Akzeptanz seiner Geldgeber, nämlich der Städte und Kreise, verliert.

Damit wir uns richtig verstehen, wiederhole ich an dieser Stelle das, was die CDU schon wiederholt gesagt und geschrieben hat. Wir, die CDU-Fraktion beim LVR, stellen die historische Bedeutung der Ausgrabungen in der Archäologischen Zone auch für die jüdische Geschichte Kölns nicht infrage.

(Beifall bei der CDU)

Wir verneinen auch nicht die wissenschaftliche Bedeutung, was bedeutet, dass die kulturelle und historische Bedeutung für die Stadt Köln nicht bezweifelt wird.

(Martina Zsack-Möllmann (Bündnis 90/
DIE GRÜNEN): Aber für das Rheinland!)

Wenn jedoch einzelne Politiker der Belastungsmehrheit sich bei der Stadt Köln angeboten – oder besser gesagt "angebiedert" – haben, um sich ein Denkmal zu setzen, so mag das menschlicher Eitelkeit entsprechen, verträgt sich aber nicht mit den Grundsätzen von Solidarität, Solidität und Rücksichtnahme in der kommunalen Familie.

(Zustimmung bei der CDU)

Alle von der Verwaltung bisher vorgelegten Berichte belegen, dass es in der Frage der Archäologischen Zone/Jüdisches Museum keine abgeschlossenen Konzeptionen gibt, Kosten nicht korrekt ermittelt werden können und Arbeitsgruppen sich zunächst einmal einen Überblick verschaffen müssen, was bei diesem Projekt überhaupt auf den LVR zukommt.

(Zurufe von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Politik ähnelt dem Geisterfahrer, der mit Tempo 200 durch die Nebelwand bei einer Sicht von weniger als 50 m fährt. Sie spielen mit den Ressourcen des Landschaftsverbands Russisches Roulette, ohne allerdings von unseren Mitglieds Körperschaften eine Konzession für dieses Glücksspiel erhalten zu haben.

(Zustimmung bei CDU und Freien Wählern/Deinen Freunden)

Die Mehrheit lässt die Kulturdezernentin, die Kämmerin und die Landesdirektorin im Regen stehen, indem sie ein Projekt auf den Weg bringt, bei dem der Verwaltung bis zum heutigen Tage alle belastbaren Grundlagen für eine sachgerechte Einschätzung fehlen. Ein ganzer Korb voller Fragen, die bei einem solchen Projekt vorab zu klären sind, sind nicht beantwortet.

Seien Sie jedoch versichert, meine Damen und Herren von der Belastungskalition: Diese Fragen bleiben auf der Tagesordnung. Sie werden von uns gestellt, und sie werden von den Gebietskörperschaften gestellt, dessen können Sie sicher sein.

Die Lage vieler Kommunen im Gebiet des LVR ist verzweifelt. Sie haben Nothaushalte, Haushaltssicherungskonzepte oder Haushaltssanierungspläne. Sie schließen Sportplätze und Schwimmbäder; sie schließen Kultureinrichtungen; sie sperren Brunnen ab; sie geben Spiel-

plätze auf und verkaufen Bürgerhäuser. Steuern werden drastisch erhöht und Personal gekürzt.

Die Stadt Essen plant den Abbau von mehr als 600 Stellen innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren.

Aber alles das interessiert Sie nicht. Sie verfahren nach dem Motto: Augen zu und durch; unsere Städte und Kreise werden es schon bezahlen.

(Zustimmung bei CDU und Freien Wählern/Deinen Freunden)

Die CDU-Fraktion steht in dieser Frage eben nicht gegen die Stadt Köln, nicht gegen das Projekt Archäologische Zone/Jüdisches Museum, sondern wir stehen solidarisch auf der Seite unserer Städte und Kreise, die Ihre Eitelkeit finanzieren müssen, obwohl sie am Ende ihrer Kräfte sind.

In diesem Zusammenhang richte ich meine Frage an die einzelnen Fraktionsmitglieder der Koalition, die aus den Städten oder aus den Gemeinden kommen, die das durchleben und durchleiden, von dem ich eben gesprochen habe, nämlich von harten und unpopulären Sparmaßnahmen, die zu drastischen Veränderungen führen.

Wie erklären Sie Ihren Bürgerinnen und Bürgern, dass Sie gerade ihren Spielplatz schließen oder die Grundschule seit 20 Jahren nicht renoviert wurde und Steuererhöhungen der Bürgerschaft auferlegen; aber gleichzeitig sind Sie bereit, für ein Museum in Köln Millionen auszugeben? Wollen Sie das wirklich? Oder laufen Sie nur den Wunschträumen Einzelner hinterher?

Wenn Sie die Sorgen und Nöte Ihrer Kommune ernst nehmen, dann appelliere ich heute an Sie, gehen Sie diesen Weg nicht weiter mit; denn Sie schaden Ihrer Stadt, Sie schaden Ihrem Kreis, und Sie schaden Ihrer Bürgerschaft.

(Zustimmung bei CDU und Freien Wählern/Deinen Freunden)

Wenn die Stadt Köln die Archäologische Zone und das Jüdische Museum schaffen möchte, dann muss sie dies auch finanzieren. Eine Finanzierung durch den LVR ist mit der CDU-Fraktion nicht zu machen.

Es ist auch nicht einzusehen, dass die Landesregierung sich bei der Archäologischen Zone und dem Jüdischen Museum ihrer Verpflichtung durch einen Betrag in Höhe von 14 Millionen Euro entledigt, während die kommunale Familie über Jahrzehnte mit einem Betrag belastet wird, der den Beitrag des Landes um ein Vielfaches übersteigt.

Für den LVR wäre es jedenfalls günstiger und finanzpolitisch berechenbarer, sich ähnlich wie bei den zahlreichen Stiftungen mit einem Festbetrag zu beteiligen, ohne das unkalkulierbare Risiko von Betriebskosten unbegrenzt zu übernehmen.

Aus gutem Grund haben wir das Kostenrisiko bei dem NS-Informationszentrum in Vogelsang auf 500.000 Euro gedeckelt und unseren Anteil auf 50 Prozent begrenzt. Warum handeln Sie in Köln völlig anders als in Vogelsang und stürzen sich ohne Not in ein finanzpolitisches Abenteuer?

Hinzu kommt, dass die Stadt Köln, die selbst aus der Verpflichtung zum Unterhalt der Gebäude und aus den Zinsbelastungen für die Investition mit Kosten von mehr als 3,5 Millionen Euro jährlich rechnet, dann auch erwartet, dass ihr ein entsprechender Anteil an den Einnahmen zusteht. Damit wird das Loch für den LVR noch größer.

Von Rot-Grün-Gelb haben wir keinen einzigen konkreten Sparvorschlag bei den diesjährigen Haushaltsberatungen bekommen. Auch eine globale Minderausgabe in Höhe von 30 Millionen Euro, wie sie die CDU-Fraktion beantragt hat, wurde abgelehnt.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Das ist Quatsch!)

Dabei ist eine solche Vorgabe ohne Weiteres für eine Verwaltung in Anbetracht eines Haushaltsvolumens von mehr als 3,3 Milliarden Euro zu erzielen. Dies setzt allerdings einen klaren politischen Willen voraus, der Ihnen fehlt. Oder haben Sie Angst, dass die Verwaltung die Einsparungen überwiegend in den Bereichen vornehmen wird, die von Ihnen beantragt sind, wie zum Beispiel die Biokost in den Kliniken mit Mehrkosten von einer Million Euro oder bei überflüssigen Modellversuchen, die verwaltungsintern weitgehend als unsinnige Geldverschwendung angesehen werden?

(Zustimmung bei CDU und Freien Wählern/Deinen Freunden)

Sie, meine Damen und Herren von der veranstaltenden Mehrheit,

(Lachen bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Ralf Klemm [Bündnis 90/DIE GRÜNEN]: Aber das ist abgelesenes Kabarett, was Sie machen!)

bleiben weiter Weltmeister

(Katrin Barion [Bündnis 90/DIE GRÜNEN]: Weltmeisterinnen bitte!)

– Sie schaffen nicht mal das – im Geldausgeben, weil dies einfacher, bequemer und scheinbar auch politisch erfolgreicher ist.

Schon Ministerpräsident Clement, der erst später zu neuen wirtschaftlichen Einsichten gekommen ist,

(Heiterkeit bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

liebte es, im Landtag von seinen Leuchtturmprojekten zu reden. Schon damals hatte er nicht begriffen, dass im Zeitalter der Navigation mithilfe von GPS Leuchttürme nicht mehr notwendig sind und alle Schiffe dieser Welt ihren Hafen finden, ohne dass nur ein einziges Leuchtturmfeuer brennt.

Seitdem sind einige Leuchttürme denkmalgeschützte Relikte einer längst vergangenen Zeit, die mit viel Geld als Denkmäler erhalten werden, ohne dass sie in ihrer ursprünglichen Funktion noch nützlich sind.

(Zustimmung bei CDU und Freien Wählern/Deinen Freunden)

Deshalb sollte auch die Mehrheit in dieser Landschaftsversammlung endlich begreifen, dass der Bau von Leuchttürmen am wirklichen Bedarf vorbeigeht und es stattdessen einer Politik bedarf, die sich auf die Kernaufgaben des Landschaftsverbandes konzentriert. Wer so wie Sie, meine Damen und Herren von der Ampel, die Wirklichkeit leugnet oder zumindest doch verdrängt, der darf sich nicht wundern, dass seine Wahrnehmungsstörungen das große Schiff Landschaftsverband auf einen falschen Kurs bringt und damit auch die Anteilseigner an diesem Schiff in Bedrängnis bringt.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Tötö! Tötö! Tötö!)

– Ja, toller Beitrag; er zeigt enorme intellektuelle Fähigkeiten!

(Hans-Otto Runkler [FDP]: Wie man in den Wald hineinruft!)

Sicherlich ist ein Schiff am besten im Hafen aufgehoben; aber dafür ist es nicht gebaut. Das Schiff Landschaftsverband ist in erster Linie und vor allem verpflichtet, zum Wohl behinderter Menschen diese über ein stürmisches Meer sicher zu begleiten und ihnen die notwendige Hilfe zu geben.

(Beifall bei CDU und Freien Wählern/Deinen Freunden)

Wie dies zu geschehen hat, unterliegt bereits seit Jahrzehnten einem ständigen Wandel – mit dem Ziel, diese Aufgabe immer besser zu erfüllen.

Daher ist auch das Thema Inklusion nichts, was uns erschreckt; und es gehört zum ständigen Wandel, dass die Hilfe für behinderte Mitbürgerinnen und Mitbürger selbstverständlich im Jahre 2012 anders gestaltet wird, als dies beispielsweise in früheren Jahrzehnten der Fall war.

Neue Erkenntnisse bedeuten neue Herausforderungen. Dumm und fahrlässig handelt nur derjenige, der glaubt, das Neue sei dem Bewährten automatisch überlegen, und man müsse daher Erfahrungen aus der Vergangenheit nicht mehr berücksichtigen. Mit einer solchen Handlung hilft man niemandem.

Die CDU-Fraktion lehnt daher die Bestrebungen der Landesregierung ab, auf kaltem Wege und hinterrücks auch solche Förderschulen zu beseitigen, die bewährte und gute Arbeit leisten und die von den Behinderten selbst und ihren Angehörigen geschätzt werden und deren Tätigkeit man nicht missen will.

(Beifall bei CDU und Freien Wählern/Deinen Freunden)

Förderschulen werden dadurch in ihrer Existenz gefährdet, indem willkürlich eine Mindestschülerzahl festgesetzt wird, die unerreichbar ist. Wer so handelt, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass es ihm nicht um behinderte Menschen geht,

sondern in erster Linie um Kosteneinsparung oder Kostenverlagerung.

Die Landesregierung verkündet zudem per Schröderscher Basta-Entscheidung, dass das Thema schulischer Inklusion überhaupt nichts mit dem Thema Konnexität zu tun hat. Damit setzt sie sich nicht nur dem Vorwurf aus, zum einen Kosten einsparen zu wollen, sondern darüber hinaus trifft sie noch der Vorwurf, dass sie die erheblichen zusätzlichen Kosten auf die kommunale Familie vollkommen abwälzen will, um sich damit vollständig aus der Verantwortung herauszustehlen.

Als Mitglied der kommunalen Familie muss der Landschaftsverband Rheinland sich gegen eine solche Politik zur Wehr setzen. Inklusion lässt sich nicht durch Konfusion bei der Landesregierung sachgerecht lösen.

Bei Ihnen, meine Damen und Herren von der Belastungsmehrheit, war leider auch dieses Jahr wieder feststellbar, dass Sie im Hinblick auf eine sachgerechte Diskussion der anstehenden Probleme im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2013 weitgehend Arbeitsverweigerung betrieben haben. Ihre Politik läuft bedauerlicherweise immer mehr nach dem Motto: Gestern standen wir am Abgrund, und heute haben wir einen mutigen Schritt vorwärts gemacht;

(Katrín Barion [Bündnis 90/DIE GRÜNEN]: Das überlassen wir Ihnen!)

womit jedoch keine verantwortungsvolle Politik betrieben wird, sondern Irrwege weiter fortgesetzt werden.

Wer sich auf dem falschen Weg befindet, kann nicht ans Ziel gelangen; und deshalb hat Adorno recht: Es gibt nichts Richtiges im Falschen.

Dennoch gilt mein Dank nicht im Sinne einer pflichtschuldigen jährlichen Übung, sondern aus innerer Überzeugung der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei für die Erarbeitung des Haushalts und die Begleitung während der Haushaltsberatungen. Wie immer geschah dies kompetent, und die Verwaltung hat die Fragen beantwortet, soweit sie sie beantworten konnte.

Dies gilt insbesondere auch für das Antwortschreiben der Landesdirektorin vom 07.11.2012 zu unseren Fragen der Finanzierung der Archäologischen Zone in Köln. Selbstverständlich ist

sich die CDU-Fraktion darüber im Klaren, dass die Landesdirektorin und die Kämmerin Fragen nicht beantworten können, deren Klärung die Ampelkoalition verweigert, weil sie offensichtlich selbst keine hinreichenden Antworten hat.

(Zustimmung bei CDU und Freien Wählern/Deinen Freunden)

Ich danke meiner eigenen Fraktion, die sich schwierigen Fragen nicht verweigert hat.

(Oh! bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die Haushaltssatzung wird von uns abgelehnt!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Das Wort hat Herr Prof. Dr. Rolle.

Prof. Dr. Jürgen Rolle (SPD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Frau LVR-Direktorin! Liebe Gäste aus Westfalen, Herr Zurbrüggen, Herr Dr. Kirsch! Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir blicken erneut auf ein Jahr abwechslungsreicher Arbeit zurück und werden hier heute einen am Wohle der Menschen im Rheinland orientierten Haushalt 2013 gemeinsam verabschieden.

Ein turbulentes Jahr liegt fast hinter uns; ein Jahr, in dem sich zwei Fraktionen dieser Versammlung gegen den Verband wenden und demokratische Gepflogenheiten ignorierend versuchen, die kommunale Familie mit unzutreffenden Fakten gegen den LVR aufzuhetzen.

(Zustimmung bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dies auf teilweise geschmacklose und schon peinlich anrührende Weise. Ein Novum in der fast 60-jährigen Geschichte des LVR! Gut für den Verband, gut für das Rheinland, gut für die uns anvertrauten Menschen, dass es eben diese Gestaltungsmehrheit gibt, die in Kenntnis der Verantwortung für Menschen und Region die nötigen Beschlüsse herbeigeführt hat und dies auch in Zukunft tun wird. Dies im Übrigen mit einer Landesregierung im Rücken, die den Bestand der Verbände garantiert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere vorausschauende Personalpolitik hat sich bewährt. Wir werden sie fortsetzen und ergänzen. Die Ausbildungsquote von sieben Prozent wird aktuell mit 7,7 Prozent deutlich übertroffen.

(Beifall bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir bieten hierdurch nicht nur jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung, sondern rüsten den Verband zugleich für die anstehende demografische Entwicklung. Um die Verwaltung auf diesem guten und richtigen Weg weiter zu unterstützen, haben wir beantragt, dafür Sorge zu tragen, dieses Ausbildungsniveau auch in 2013 zu halten. Leider gegen die Stimmen der CDU!

(Zustimmung bei SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Verwaltung sich an dem Modellprojekt "Betriebsintegrierte Arbeitsplätze" beteiligt. Menschen mit Behinderung kann so der Erste Arbeitsmarkt geöffnet werden – ein kleiner Schritt auf dem Weg zur Inklusion, wie auch das bewährte Programm zur Beschäftigung behinderter arbeitsloser Jugendlicher.

Wir unterstützen hier ausdrücklich die Arbeit des Dezernates 1 mit Herrn vom Scheidt an der Spitze und danken auch für den ausgewogenen und interessengerechten Entwurf des Stellenplanes.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein paar Worte zu den umfassenden und steigenden Anforderungen an die Arbeit des Dezernates 4 verlieren. Grundsätzlich hat sich die Schlagzahl der Themen deutlich erhöht: U3-Ausbau, steigende Kosten in den Hilfen zur Erziehung, Prävention gegen Jugendkriminalität, Netzwerk Frühe Hilfen, Inklusion, Bundeskinderschutzgesetz, Schulsozialarbeit, Übergangssystem Schule/Beruf und und und.

Dies verpflichtet Verwaltung und Politik zu einer kritischen Prioritätensetzung; denn nur mit einem deutlichen Blick auf das überhaupt Machbare können und müssen wir weiterhin wichtige Impulse für eine innovative Weiterentwicklung der Jugendhilfe setzen und durch die Verwaltung auf den Weg bringen.

Ich nenne beispielhaft nur drei Bereiche:

- Der Ausbau im Bereich der Kindertagesstätten und der Kindertagespflege ist noch lange nicht abgeschlossen. Der Bedarf insbesondere im U3-Bereich wächst weiterhin. Besonders wichtig ist es, die Herausforderungen, die sich durch die Schritte von der Integration zur Inklusion ergeben, durch Beratung und Fortbildung des Landesjugendamtes intensiv zu begleiten und zu fördern.
- Die Trägerstrukturen in der Jugendhilfe sind in einem starken Wandel begriffen. Waren es früher nahezu nur die klassischen Wohlfahrtsverbände, sind es heute immer mehr kleine und auch gewerblich organisierte Träger, die auf den Markt der Jugendhilfe drängen. Und damit spielt auch immer mehr der Aspekt des Geldverdienens eine Rolle. Umso wichtiger wird gerade bei diesen Trägern die Aufsicht des Landesjugendamtes, in den Hilfen zur Erziehung genauso wie im Bereich der Kindertagesstätten.
- Das neue Bundeskinderschutzgesetz ist im Grundsatz ein Präventionsgesetz; es betont und stärkt jedoch die richtungsgebende Rolle des Landesjugendamtes für die kommunalen Jugendämter. Für alle Bereiche der Jugendhilfe müssen nun in den nächsten Jahren Qualitätsstandards entwickelt werden; eine immense Aufgabe, bei deren Erledigung wir die Verwaltung ausdrücklich unterstützen werden.

Unerfreulich hingegen sind die Entwicklungen – oder besser: Versäumnisse – der letzten Jahre um die Produktgruppe 074. Die für 2012 weit über 50 Millionen Euro veranschlagten zusätzlichen Mittel, deren Einsatz notwendig geworden war, weil die Verwaltung eine – na ja, um es freundlich auszudrücken – "zeitnahe" Abrechnung nicht sichergestellt hatte, sind bereits abgeflossen. Dass eine seit Jahren tickende Bombe damit entschärft wurde, ist erfreulich!

Weitere knapp 20 Millionen Euro werden das Ergebnis 2012 belasten. Wären wir hier den Vorstellungen der CDU gefolgt, hätten wir für 2012 allein in der Produktgruppe 074 ein Defizit von 70 Millionen Euro eingefahren! Gut also für den Verband, dass mehrheitlich gestaltet wurde!

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Konsequenz aus dieser traurigen, kaum nachvollziehbaren Vorgeschichte ist unser Antrag 13/230, das heißt:

- die Organisation im Landesjugendamt zu durchleuchten,
- die Funktionalität der Schnittstellen zu anderen Dezernaten zu prüfen,

um gegebenenfalls hieraus entsprechende Konsequenzen ziehen zu können.

Denn so etwas – ich denke, darin sind wir uns alle einig – darf nicht wieder passieren! Und dass sich die CDU auch an dieser Stelle verweigert, weil dies – so die CDU im Personalausschuss – "nicht der richtige Zeitpunkt" sei, kann nun gar kein Mensch verstehen.

(Frank Boss [CDU]: Völlig aus
dem Zusammenhang gerissen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachfolgend widme ich mich dem nach Vorstellung der Gestaltungsmehrheit zurzeit bedeutsamsten Thema, der Inklusion. Im Bereich der KiTas haben wir dazu einen umfassenden Antrag gestellt – mit dem Ziel, gemeinsam die Inklusion im KiTa-Bereich voranzubringen.

Ein weiterer Schwerpunkt: die schulische Inklusion. Eine neu formierte sonderpädagogische Förderung in einem inklusiven Bildungssystem erfordert die frühe Beteiligung der Schulträger, nämlich bereits in der Vorbereitungsphase. Die Bereitschaft, in regionalen Inklusionsprozessen aktiv mitzuwirken, hat der LVR schon früh signalisiert. Derzeit ist der LVR-Schulträger an einer Reihe von regionalen Inklusionsplanungen beteiligt und wird immer häufiger von den Mitglieds-körperschaften und privaten Ersatzschulträgern angefragt, aktiv an den Prozessen vor Ort mitzuwirken, was er natürlich gerne tut.

Mit der Inklusionspauschale fördert der LVR gemeinsamen Unterricht. Und dies mit erkennbarem Erfolg. Seit deren Einführung konnten ca. 350 Kinder und Jugendliche gefördert werden und somit den gemeinsamen Unterricht an einer allgemeinen Schule besuchen! Ein gewaltiger Erfolg in Sachen Inklusion!

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das Land hat den Auftrag der UN-Behindertenrechtskonvention, unser Schulsystem zu einem inklusiven Bildungssystem weiterzuentwickeln, angenommen. Die allgemeine Schule soll der Regelförderort für alle Kinder sein; jedes Kind hat einen individuellen Förderbedarf. Diesen Gedanken der Vielfalt in den Schulen zu verankern, erfordert einen Einstellungswandel bei allen am Schulleben Beteiligten.

Zum Gedanken der Vielfalt gehört die Verbesserung der Bildungschancen aller Kinder und Jugendlicher, unabhängig von ihrer Herkunft oder einem möglicherweise erforderlichen besonderen Unterstützungsbedarf. Wir unterstützen die Landesregierung dabei, in dieser Frage einen breiten politischen Konsens zu erreichen.

Der vorliegende Entwurf des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes der Landesregierung zur Umsetzung dieser Konvention und die Verordnung über die Schulgrößen der Förderschulen und der Schulen für Kranke lassen jedoch noch viele Fragen offen. Das Anliegen des LVR ist, die bisherige Qualität der Förderung von gehandicapten Kindern zu sichern, damit soweit als möglich in Zukunft Kinder mit und ohne besonderen Förderbedarf in einer inklusiven Schule gemeinsam lernen können und alle Schülerinnen und Schüler ihren Möglichkeiten entsprechend individuell gefördert werden.

Allgemeine Schulen vor Ort können nur dann ein geeigneter Förderort für Kinder mit besonderem Förderbedarf sein, wenn auch dort die notwendigen Rahmenbedingungen – Personal, Ausstattung, barrierefreies Gebäude – geschaffen werden. Hierzu ist der Gesetzentwurf in entscheidenden Passagen unklar und bedarf der Nachbesserung.

Wir fordern darüber hinaus, dass auch die Möglichkeit bestehen muss, LVR-Förderschulen in Kooperation mit Schulträgern der allgemeinen Schulen zu Schwerpunktschulen in einer kommunalen Bildungslandschaft umzuwandeln.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dafür wäre dann auch zu überlegen, ob nicht für Kinder und Jugendliche mit einem besonderen Förderbedarf eine zentrale Schulentwicklungsplanung sinnvoll wäre – eine Aufgabe, bei deren

Erledigung die Landschaftsverbände mit ihrem Know-how behilflich sein könnten.

Dabei – das sei hier nicht verschwiegen – ist dem aktuellen LWL-Inklusionsbericht 2012 zu entnehmen, dass es doch erhebliche inhaltliche und politische Unterschiede zwischen Rheinland und Westfalen zu geben scheint, was das Verständnis und die beabsichtigten Maßnahmen zur Umsetzung von Inklusion anbelangt. Da sind noch viele inhaltliche Gespräche zu führen, um einen Weg für ganz NRW zu finden. Ich glaube aber, dass dies in den nächsten Jahren zu schaffen ist.

Zurück zum Rheinland: Seit der Einführung der LVR-Inklusionspauschale wurden ca. 1.200 (!) Gespräche mit Eltern, Elternvereinen, Schulen, Lehrerinnen und Lehrern, Schulaufsichten, Schulträgern, Sozial- und Jugendämtern und privaten Institutionen geführt. Hierdurch wurde der erhebliche Beratungsbedarf aller Beteiligten zur Gesamthematik Inklusion deutlich.

Beispielhaft nur einige Themen: gemeinsamer Unterricht, Offene Ganztagschule, Fördermöglichkeiten, Zuständigkeiten, Integrationshelfer, schulgesetzliche Regelungen, Zuweisungspraxis usw. usf. Das zeigt, wie das fachliche Know-how der LVR-Schulverwaltung von außen wahrgenommen wird und wie sehr dieser Verband als Berater und Unterstützer in Sachen schulische Inklusion im Land gebraucht wird! Auf diesem Weg wollen wir das Dezernat weiter unterstützen!

Und eines ist sicher: Mit wem sollte schulische Inklusion besser umsetzbar sein, als mit dem neuen Schuldezernenten, Ulli Wontorra.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das war eine wirklich außerordentlich gute personelle Entscheidung!

Sehr geehrte Damen und Herren, selbstverständlich ist auch im Bereich des Sozialdezernates Leitlinie unseres politischen Handels die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und damit die Schaffung inklusiver Lebensverhältnisse. Und hierunter versteht meine Fraktion die Entwicklung inklusiver Sozialräume dort, wo die betroffenen Menschen wohnen, wo sie leben, ihren Lebensmittelpunkt, ihre Freunde und Partnerschaften haben.

Ganz praktisch bedeutet dies für uns: Wie muss der Sozialraum in den Mitgliedskörperschaften weiterentwickelt werden, um mehr Menschen mit Handicap ein Leben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen, und welchen Beitrag kann der Landschaftsverband Rheinland hierzu leisten? Welche "Leuchtturmprojekte" können als gute, erfolgreiche Beispiele überzeugen?

Unter dieser Prämisse haben wir mit dem Haushalt 2012 die Verwaltung beauftragt, ein Anreizprogramm zur Konversion stationärer Wohnangebote – Fördervolumen von bis zu drei Millionen Euro, verteilt auf drei Jahre – zu entwickeln. Wir sind überzeugt davon, das ist gut investiertes Geld.

Wichtig war und ist uns der sozialräumliche Aspekt der förderwürdigen Projekte sowie der regionale Vernetzungsgedanke. Inklusive Entwicklungsmodelle im Quartier leisten nicht nur einen Beitrag zur Umsetzung des Grundsatzes "ambulant vor stationär", sondern auch einen Beitrag zur Abbremsung des Kostenanstiegs in der Eingliederungshilfe.

Gleichberechtigt neben den Unterstützungsleistungen zum Wohnen ist für uns in unserer politischen Arbeit die Weiterentwicklung der Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung. Unser Ziel: "Inklusive Teilhabe aller an Ausbildung und Beschäftigung, orientiert an Fähigkeit und Neigung!", getreu dem seit Jahren von meiner Fraktion vertretenen Grundsatz "mittendrin statt draußen vor".

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Hierzu und zu unseren Vorstellungen zum Aktionsplan des LVR haben wir als SPD-Fraktion eine Broschüre herausgegeben, die Sie sich gerne in unserer Geschäftsstelle abholen können. Ein dickes Dankeschön hierzu an Gertrud Servos, unser Mitglied, das hier federführend tätig war!

(Beifall bei SPD und Bündnis
90/DIE GRÜNEN)

Und weil der LVR in Sachen Inklusion im Lande die Vorreiterrolle übernehmen will und muss, sollte er auch mit den ihm ja erfreulicherweise zur Verfügung stehenden Werkzeugen agieren. Welchen Sinn macht es eigentlich für eine Gebietskörperschaft wie unsere, eine eigene Wohnungsbaugesellschaft zu haben? Neben dem

Profit und der Bereitstellung von Wohnraum für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter macht es doch nur dann Sinn, wenn es damit gelingt, den Verband bei der Erfüllung seiner Kernaufgaben zu unterstützen.

Bereits seit Jahren fordert die SPD, die Rheinische Beamtenbau möge sich mehr an den Zielen des Verbandes orientieren. Eines der zentralen Themen bei der Inklusion ist das Thema Wohnen. Es wird also höchste Zeit zu prüfen, in welcher Weise die RBB selbst inklusive Wohnprojekte fördern und durchführen kann und welche Beratungsfunktionen sie beispielsweise für die Mitgliedskörperschaften übernehmen kann. Ich bin schon gespannt auf die Ergebnisse unseres Auftrages an die Verwaltung.

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den Netzwerkprojekten und Museen des LVR. Erfreulich ist, dass in unseren Museen trotz der finanziellen Einschränkungen die Besucherzahlen 2011 weiter gesteigert werden konnten. Dies spricht für das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Führung von Milena Karabaic, der und denen ich hiermit ausdrücklich meinen Dank aussprechen möchte!

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das "Zentrum für verfolgte Kunst in Solingen" wird voraussichtlich zum 01.01.2013 an den Start gehen. Bei der Stiftung Preußenmuseum sind wir an einem entscheidenden Punkt angelangt. Gemeinsam mit allen Stiftern und damit auch mit dem Land NRW muss und wird es zu einer einvernehmlichen Lösung kommen. Auf dem Gelände der ehemaligen Ordensburg Vogelsang haben inzwischen die Baumaßnahmen begonnen. Die inhaltliche Gestaltung der NS-Dokumentationsausstellung ist auf einem guten Weg.

Und ein weiteres Projekt hat die Gestaltungsmehrheit auf den Weg gebracht. Richtig: die Übernahme des Betriebes des geplanten Jüdischen Museums und der Archäologischen Zone in Köln

- ohne Investitionskosten,
- ohne Belastung durch Abschreibung,
- ohne Unterhaltungskosten,
- ohne Mietkosten,
- ohne Erstausrüstungskosten und

– ohne Belastung für den Haushalt 2013!

Warum also verbreiten Sie, meine Damen und Herren von CDU, Freien Wählern und Freunden, landauf, landab ganz bewusst Unwahrheiten? Warum versuchen Sie, Vertretungen, Hauptverwaltungsbeamte und Kämmerer im Rheinland aufzustacheln und richten damit Ihr Tun gegen den eigenen Verband? Warum stellen Sie unzulässige Anträge an die Landschaftsversammlung, nachdem in einem demokratischen Prozess abschließende Entscheidungen getroffen worden sind? Und zum guten Schluss ziehen Sie dann den Antrag zurück!

Warum nehmen Sie nicht endlich zur Kenntnis, dass der LVR beim Betrieb eines solchen Museums nichts anderes tut, als im Rahmen seiner Kernaufgaben seine Pflichtaufgaben zu erledigen?

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und warum schreiben Sie in Ihrem weißen Buch etwas von einem Kölner Ratsbeschluss zum Jüdischen Museum und Moschee-Bau in Köln? Warum? Warum lassen Sie Geldscheine flattern? Warum bringen Sie dieses sehr ernste Thema in Zusammenhang mit Karnevalsschlagern – wohlweislich, dass der Karneval und das Jüdische Leben in Köln in einem ganz speziellen Zusammenhang zu sehen sind? Warum das alles?

(Zustimmung bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich glaube, ich kann es Ihnen sagen: Nicht weil Sie antisemitisch denken! Nicht weil viele Menschen in dieser Gesellschaft nach wie vor Menschen jüdischen Glaubens für reich halten. Nicht weil Sie Moscheen-Bau und Jüdisches Museum in einen Topf werfen wollen, um eine ganz bestimmte Klientel anzusprechen. Nein, Sie tun es, weil Sie frustriert sind! Weil Sie eben nicht Teil einer gestaltenden Mehrheit sind! Weil Sie sehen, dass Sie gegen die sehr gute Arbeit der Gestaltungsmehrheit keine Chance haben.

(Lebhafte Zustimmung bei SPD,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und diese Ihre Rolle zementieren Sie gerade, indem Sie zu unfairen, verbandsschädlichen und auch völlig sinnlosen Mitteln greifen.

(Lebhafte Zustimmung bei SPD,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wenn Sie denn das Weißbuch wenigstens auf saugfähigem Papier gedruckt hätten! So ist es ja zu gar nichts nütze!

(Heiterkeit und Zustimmung bei SPD,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Also, tut mir leid; ich habe dafür kein Verständnis!

Und dann legen Sie im gleichen Duktus noch einen drauf: In Ihrem neuesten CDU-Newsletter schreiben Sie – "Zitat" –:

"Nach drei Jahren hält diese Koalition nur noch der Wille zusammen, sich die Posten zuzuschieben ... und die Pfründe zu sichern."

Dazu Folgendes:

- Natürlich ist es Arbeit, viel Arbeit, in einer Koalition gemeinsam zu gestalten.
- Und ebenso natürlich ist es auch, dass Abstimmungsergebnisse mit zwei Partnern manchmal schwieriger zu erzielen sind.

Aber wenn ich unsere Ergebnisse sehe, denke ich – dies als Spruch –: Lieber zu dritt gemeinsam gestalten, als alleine die Opposition zu verwalten.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und eine Korrektur ihrer Aussage ist noch notwendig: Diese Koalition arbeitet nicht seit drei Jahren, sondern bereits seit acht Jahren zusammen. Und "Prognose": Die Belastungsmehrheit wird Sie auch die nächsten acht Jahre noch belasten.

(Zustimmung bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich danke meinen Partnern Corinna Beck, Stefan Peil, Ralf Klemm von den Grünen, Bernd Paßmann, Lars Effertz, Hans-Otto Runkler von der FDP, ihren jeweiligen Fraktionen und meiner SPD-Fraktion ausdrücklich für die ausgesprochen faire, konstruktive, solidarische Zusammenarbeit im letzten Jahr.

Ich danke sehr Renate Hötte mit ihrem Team aus der Kämmererei unter Leitung von Herrn Soethout, die diesen ausgewogenen Haushaltsentwurf vorgelegt hat

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

und trotz neuerlich negativer Prognosen an der soliden Finanzplanung festhält und eine Senkung der Umlage vorschlägt.

Ein dickes Dankeschön an Ulrike Lubek für ihren enormen Einsatz, die den Verband mit Geist, Verstand und Charme vertritt, wie niemand zuvor dies je getan hat.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Und Dank an den gesamten Verband und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LVR, die dafür sorgen, dass der LVR seinen Slogan verdient hat, indem sie tagtäglich Qualität für Menschen erzeugen, genauso wie Leila Soumani und Thomas Böll dies für die SPD leisten! – Herzlichen Dank!

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Das Wort hat Stefan Peil.

Stefan Peil (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Geehrte Gäste! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich fand es schon beeindruckend, dass Herr Einmahl seine Rede mit einem Zitat von Adorno begonnen hat. Ich hatte als junger Mann die Ehre, ihm einmal zuzuhören, und ich weiß daher genau, was er gesagt hat, nämlich "Es gibt kein richtiges Leben im Falschen." Was war denn jetzt gerade falsch an Ihrem Leben? Das kann man sich ja überlegen!

(Heiterkeit und Zustimmung bei Bündnis
90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Da wir gerade mit Zitaten anfangen, beginne auch ich mit einem, das ich meiner Freundin Martina Zsack-Möllmann zu verdanken habe: "Ohne Tat bleibt der schönste Gedanke blass." Das stammt von Herrn Gandhi. Ich denke, das

steht auch ein wenig als Motto für die Gestaltungsmehrheit in diesem Verband.

Die Menschen im Rheinland und die Mitglieder-körperschaften des LVR können sich auf uns verlassen. Wir halten Wort bei der Umlage. Das ist sicher das wichtigste Ergebnis für unsere Mitgliedskommunen, die rheinischen Städte und Kreise. Wir werden die Umlage noch einmal ein wenig senken. Dieser Satz stand in der mittelfristigen Finanzplanung, und darauf konnten sich alle Kommunen einstellen.

Bei uns gibt es keine Achterbahnfahrten bei der Umlage. Und es gibt auch keine Umlageerhöhung, wie das die geschätzten Kolleginnen und Kollegen im LWL in diesem Jahr wohl machen müssen. Obwohl manche Kommunen durchaus aus verständlichen Gründen, aber vor allen Dingen auch die CDU und die Freien Wähler hier im Hause, jedes Jahr eine stärkere Senkung forderten – was soll die Opposition denn auch schon sonst machen, um überhaupt wahrnehmbar zu werden? –, haben wir immer Kurs gehalten.

Wir sind den richtigen Weg zwischen Rücksichtnahme auf unsere Kommunen und nachhaltiger Haushaltspolitik gegangen; denn nachhaltig ist es, eine für alle langfristig berechenbare und auf seriösen Annahmen beruhende Haushaltsplanung zu machen.

Auch die tatsächlichen Entwicklungen der Haushalte in den vergangenen Jahren, ablesbar an den Jahresabschlüssen, geben uns recht. Bei allen Unruhen und Verwerfungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise konnten wir unsere Planungen im Wesentlichen einhalten.

An dieser Stelle ein herzlicher Dank an unsere Kämmerin Renate Hötte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre hervorragende Arbeit und für die immer gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Trotz der schlechteren Zahlen aus der neuesten Modellrechnung des Landes – Sie wissen, auf einmal waren 20 Millionen Euro weg – werden wir die Umlage nicht erhöhen. Wir erwarten, dass bei der Haushaltsbewirtschaftung wie in den vergangenen Jahren noch Einsparungen realisiert werden und wir nicht zu tief in die Rücklagen greifen müssen.

Der Verwaltung und der politischen Mehrheit in der Landschaftsversammlung ist es gelungen, seit 2011 190 Millionen Euro intelligent zu konsolidieren, sodass dieses Programm bis auf wenige Ausnahmen nicht als Kürzung, sondern oft sogar als positive Entwicklung von den Menschen im Rheinland wahrgenommen wurde. Davon im Folgenden mehr.

Ein herzliches Dankeschön dafür an alle Beteiligten, aber natürlich vor allem an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im LVR. Auch ihnen gegenüber fühlen wir uns im Wort. In den vergangenen Jahren haben wir viel Wert auf eine bessere Personalentwicklung und Personalgewinnung beim LVR gelegt. Wie die Vorlage der Verwaltung zu den Herausforderungen des demografischen Wandels gezeigt hat, ist der LVR in vielen Feldern bereits sehr gut aufgestellt. Wir wollen den eingeschlagenen Weg weitergehen und in einigen Bereichen noch forcieren.

Als Stichworte seien hier nur genannt: hohe Ausbildungsquote, systematisches und umfassendes betriebliches Gesundheitsmanagement, die Einführung von Sabbatzeiten, die Weiterbildung auf hohem Niveau sowie Maßnahmen zur Qualifizierung und Gewinnung von Führungspersonal, sowohl intern als auch extern.

Das von der CDU immer abgelehnte "Trainee-Programm" wird im April 2013 wieder starten. Dessen Ergebnisse haben uns recht gegeben. Wir haben dadurch kluge, gut ausgebildete und engagierte junge Menschen für den LVR gewinnen können.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Damit werden wir weitermachen. Auch hier halten wir Wort! Nur mit gut qualifizierten und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden wir die großen Aufgaben der Zukunft bewältigen, gerade auch die weiter notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen.

Deshalb ist der Ansatz von CDU und Freien Wählern, vor allem unreflektiert beim Personal sparen zu wollen, geradezu fatal. Umgekehrt wird ein Schuh daraus.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Dennoch: Auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erwarten wir einen Konsolidierungsbeitrag. Deshalb haben wir einen Haushaltsantrag verabschiedet, der eine Fortschreibung des Konsolidierungskurses in der Personalbewirtschaftung fordert. Damit nehmen wir Rücksicht auf unsere Mitgliedskommunen.

Der einzige Bereich, in dem die Verwaltung den geplanten Konsolidierungskurs nicht so richtig eingehalten hat, ist die allseits bekannte Produktgruppe 074, in der die Betreuung von Kindern mit Behinderung in Kitas geregelt ist: Wir müssen im Elementarbereich allerdings nicht nur dafür sorgen, dass die Abrechnungen künftig zeitnah erfolgen; wir müssen vor allem entschiedene Schritte in Richtung Inklusion gehen.

Nach wie vor gibt es viel zu viele Kinder, die schon am Anfang in Sondereinrichtungen zwar gut betreut, aber auch ausgesondert werden. Das ist nicht nur, wie uns die GPA gezeigt hat, die teuerste Lösung, sondern es widerspricht vor allem den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Wir müssen ein neues Betreuungssystem entwickeln, das vom Bedarf des einzelnen Kindes aus denkt. Mit Unterstützung einer individuellen Hilfeplanung muss dem Kind die optimale Förderung wie in einem Rucksack mit in die jeweilige Einrichtung gegeben werden.

Prioritär sind also für uns nicht die haushalterischen Wirkungen, sondern ist die fachliche Weiterentwicklung der Betreuung von Kindern mit Behinderung. Ein solches Konzept muss gemeinsam mit den Trägern, den Kommunen, aber auch den Eltern, den Therapeutinnen und den Erzieherinnen entwickelt und breit diskutiert werden. Und vor allem auch gemeinsam mit der Politik in diesem Haus. Und dies im Frühjahr und Sommer 2013; denn wir müssen voranmachen.

Deshalb haben wir einen entsprechenden Antrag verabschiedet; und auch hier werden wir Wort halten. Im Schulbereich haben wir das Ziel, dass künftig immer mehr Kinder mit Behinderung mit nicht behinderten Kindern gemeinsam unterrichtet werden. Wir können hier auf unsere gut ausgestatteten Schulen und das vorhandene Know-how bauen. Wir setzen hier auf das Wissen und

die Erfahrung unseres neuen Schuldezernenten, den ich heute zum ersten Mal hier unter seinen Dezernentenkollegen/-kolleginnen hier in einer neuen Rolle begrüße.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Er hat gerade in der Diskussion um die therapeutischen Leistungen in unseren Schulen bewiesen, dass er hochkomplizierte und emotional aufgeladene Konflikte mit Sachverstand, aber auch mit Empathie lösen kann.

Die Einführung der Inklusionspauschale war ein wichtiger Schritt, damit Kinder, die unseren Förderschulen zugewiesen werden, in Regelschulen unterrichtet werden können. In der Stellungnahme zum Schulrechtsänderungsgesetz formulieren wir die notwendigen rechtlichen Leitplanken für die Inklusion. Wir sind hier auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Land und den Kommunen angewiesen.

Die Konzeption für den LVR-Aktionsplan Inklusion macht deutlich, wie wichtig wir in allen Bereichen des LVR die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nehmen. Wir wollen die volle Teilhabe, wir wollen den Abbau aller Barrieren, und wir wollen, dass endlich Menschen mit Behinderung dort ankommen, wo sie hingehören: in der Mitte unserer Gesellschaft.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Diese Überzeugung kennzeichnet auch unsere Sozialpolitik. Der LVR ist deutschlandweit führend in der Umsetzung von "ambulant vor stationär" bei den Wohnhilfen. Natürlich freuen wir uns auch über die Konsolidierungserfolge. Aber viel wichtiger ist es uns, dass dadurch mehr Menschen mit Behinderung die Chance bekommen, anstatt in einer Sondereinrichtung mitten unter uns selbstbestimmt leben zu können.

Mit unseren Beschlüssen für die Anreizprogramme zur Konversion der Heime haben wir dafür eine Grundlage gelegt. Wir haben es im Rheinland geschafft – das ist bundesweit für ein Flächenland einmalig –, dass die Anzahl der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Und das, obwohl die Zahl der Menschen mit Behinderung, die auf Wohnunterstützung angewiesen sind, jedes Jahr weiter steigt. Trotzdem finden die Menschen, die

einen Platz im Heim brauchen, diesen Platz unter Nutzung der Fluktuation in den Heimen.

Unsere Politik der Anreiz- und Förderprogramme – beginnend mit den Enthospitalisierungsprogrammen im Umfang von 90 und 70 Millionen Euro bis hin zu den Anreizprogrammen zum Abbau von Heimplätzen aus der aktuellen Wahlperiode – ist erfolgreich: Menschen mit Behinderung haben heute eine deutlich bessere Lebensqualität, und der Kostenanstieg wurde ausgebremst!

Alein die positiven Effekte unserer Umsteuerungsprojekte der vergangenen Jahre beziffert unsere Kämmerin auf 200 bis 300 Millionen Euro. Wir werden diesen Weg konsequent fortsetzen! Und wir danken unserer Sozialdezernentin für ihre Gestaltungskraft.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Das in der letzten Sitzung des Landschaftsausschusses von uns beschlossene Anreizprogramm zur Fortsetzung des Umbaus von Heimen und zur Entwicklung eines inklusiven Sozialraumes wird nicht unser letztes Projekt sein! Herr Prof. Rolle ist darauf ja differenziert eingegangen.

Ganz im Sinne der UN-Konvention und des Wahlspruches "Nichts über uns ohne uns!" wollen wir im nächsten Jahr Projekte des Peer Counselings auf den Weg bringen. Die Beratung von Betroffenen für Betroffene kann so stärkend sein, dass professionelle Unterstützung anders, weniger oder sogar gar nicht erforderlich wird.

Wir wollen erreichen, dass Menschen nicht nur betreut, sondern im Sinne von Selbsthilfe aktiv werden und anderen Menschen mit Handicaps helfen können.

Entscheidend dabei ist natürlich, dass auch der Bund sein Wort hält und sich endlich an den Kosten der Eingliederungshilfe beteiligt.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Auf die kurze Euphorie nach der Verabschiedung des Fiskalpakts ist Ernüchterung gefolgt. Herr Schäuble will plötzlich nichts mehr von einer Bundesbeteiligung wissen. Wir alle wissen, dass die steigenden Fallzahlen in der Eingliederungs-

hilfe die Kommunen finanziell an die Wand drücken. Ohne eine angemessene Bundesbeteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe können wir uns alle anderen Konsolidierungsanstrengungen fast schenken.

Die Belastung der kommunalen Haushalte wird steigen und steigen. Wir wollen und müssen die neue Bundesregierung – egal, welche Farben sie haben wird – in die Pflicht nehmen. Ich hoffe auf eine breite Unterstützung hier in der Landschaftsversammlung.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Diesen Ansatz, das Wissen und die Erfahrungen von Betroffenen einzubeziehen und zu stärken, verfolgen wir auch bei der Unterstützung von Selbsthilfevertretungen ehemaliger Heimkinder. Hier haben wir eine besondere moralische Verpflichtung aus der Geschichte des Verbandes.

In einer Studie soll deshalb endlich auch das Unrecht an Kindern in unseren Psychatrien und Behinderteneinrichtungen erforscht werden. Wir stellen uns unserer aus der Geschichte gewachsenen Verantwortung!

Der Sanierungsprozess an unseren Kliniken ist in vollem Gang. Mit dem verabschiedeten 500-Millionen-Programm, das sich mit beträchtlichen Summen auch in unserem Haushalt niederschlägt, bekennen wir uns zu der Zukunft unserer Kliniken. Wir wollen sie in kommunaler Hand behalten. Wir wollen unsere Kliniken aber auch im Zuge des Sanierungsprozesses fachlich weiterentwickeln. Statt überdimensionierter Standardbettenhäuser wollen wir weitere dezentrale Angebote und eine noch stärkere Einbindung in die regionalen Versorgungsstrukturen.

Die Angebote der Gemeindepsychiatrie wie die SPZ sollen sich besser vernetzen. Es geht also nicht nur um Gebäudemodernisierungen, sondern auch um die Modernisierung unserer Versorgungsstrukturen.

Das neue Entgeltsystem wird unsere Krankenhäuser belasten. Dadurch werden insbesondere Langzeitkranke schwer benachteiligt. Wir appellieren noch einmal an die Bundesregierung und den Bundestag, das zu verhindern!

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Sie, meine Damen und Herren von CDU und Freien Wählern, haben versucht, mit Ihren Attacken gegen die Archäologische Zone und das Jüdische Museum in Köln als LVR-Museum das Rheinland zu spalten. Die kulturpolitische Bedeutung des Projektes ist Ihnen offensichtlich ziemlich unwichtig.

(Zuruf von den Freien
Wähler/Deinen Freunden)

Die merkwürdigen Konnotationen in Ihrem sogenannten Weißbuch – was soll zum Beispiel der von Ihnen hergestellte Zusammenhang zwischen dem Bau der Ehrenfelder Moschee und dem Jüdischen Museum – sind Ihnen offensichtlich egal.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Der Zusammenhalt der kommunalen Familie scheint Ihnen ebenfalls egal zu sein. Was Sie einzig und allein wollen, ist entweder eine Stimmung gegen den LVR zu erzeugen oder ein bisschen vorgezogenen Wahlkampf zu machen. Dazu muss man sagen: Damit sind Sie ziemlich gescheitert. Nur bei sieben Mitgliedskörperschaften haben nach meiner Kenntnis ihre fehlerhaften Informationen und ihre unverantwortliche Polemik zu Stellungnahmen gegen die Übernahme des Jüdischen Museums auf dem Boden der Stadt Köln durch den LVR geführt.

(Frank Boss [CDU]: Habt Ihr
schon mal mehr gehabt?)

– Nee, das glaube ich nicht. Aber wir haben auch noch nie eine solche Polemik gehabt. Das stimmt schon.

Im Übrigen – das muss man auch zu Ihrem Weißbuch klarstellen – hat der LVR angeboten, nur die saldierten bereinigten Betriebskosten, also ohne Mieten und Abschreibungen, aber unter Berücksichtigung der Einnahmen aus dem Museumsbetrieb für das LVR-Museum zu übernehmen. Das sollten Sie, sehr geehrte CDU, Ihren Fraktionen im Lande vielleicht mal in Berichtigung des berüchtigten Weißbuches mitteilen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Die sehr große Mehrheit der Mitgliedskörperschaften hat offensichtlich erkannt, dass Solidarität in einem Umlageverband keine Einbahnstraße ist.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Mit dieser Polemik, meine Damen und Herrn von der CDU, haben Sie deutlich gemacht, dass Sie zur politischen Führung dieses Verbandes nicht reif sind.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Sie machen deutlich, dass Sie im LVR zu Recht seit acht Jahren viel zu sagen, aber nichts zu entscheiden haben.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Und wir freuen uns natürlich, dass unser Schwesterverband LWL den gleichen politischen Weg einer Gestaltungsmehrheit wie wir geht!

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Die von Ihnen betriebenen Spaltungsversuche haben keinen Erfolg. Wir werden auch hier zu unserem Wort stehen. Wenn die Stadt Köln die von uns definierten Voraussetzungen erfüllt, werden wir die Archäologische Zone/das Jüdische Museum in Köln betreiben. Wir tun das, weil es ein herausragendes Kulturprojekt ist und weil wir in diesem Bereich Kernkompetenzen haben.

(Zuruf von der CDU: Wer bezahlt das denn?)

Vielleicht darf ich noch ein Wort zum Inhalt sagen. Es ist ja schon etwas Außergewöhnliches, wenn in ganz Europa bei den Fachleuten über ein solches Projekt gesprochen wird, bei dem man tatsächlich fast 2000 Jahre rheinische Geschichte erleben kann, und zwar in den Bodendenkmalfunden.

Darüber hinaus wage ich zu prophezeien, dass man auch in hundert Jahren noch unseren Mut bewundern wird, in Krisenzeiten, in schlechten Zeiten ein solches Museum aufzustellen, das wahrlich ein Leuchtturm sein wird.

Herr Einmahl, von Leuchttürmen verstehen Sie auch nichts. Es gibt nach wie vor Tausende von Leuchttürmen auf der Welt – ich bin Segler; ich kann das beurteilen –, nicht zuletzt, weil die Elektronik beim GPS manchmal ausfällt.

(Lebhafte Zustimmung bei Bündnis
90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Eigenartigerweise sind auch die Attacken auf unseren Haushalt und auf das Projekt Archäologische Zone/Jüdisches Museum gerade aus den Mitglieds Körperschaften am heftigsten, die am meisten von den Leistungen des LVR profitieren, das heißt, die am meisten Überschüsse im Verhältnis zu dem bekommen, was sie zahlen.

Ich empfehle doch mal, liebe Landräte: Gucken Sie sich doch einmal die jährlich verteilten Leistungsberichte richtig an, bevor Sie solche Briefe schreiben. Diese Mühe sollten Sie sich schon mal machen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Denn mit Verlaub: Bei solchen provinziell-spießbürgerlichen Positionen, wie sie die CDU bei diesem Projekt mal wieder entwickelt hat,

(Lachen bei CDU und Freien
Wählern/Deinen Freunden)

ist es kein Wunder, dass Ihre Erfolge in den Städten durchaus überschaubar bleiben.

(Widerspruch bei CDU und Freien
Wählern/Deinen Freunden)

Aber wir werden natürlich auch andere Kulturprojekte, zu denen wir stehen, nicht aufgeben. In diesem Bereich liegen noch große Herausforderungen vor uns. Wir werden diskutieren müssen, wie geht es weitergeht mit dem Preußen-Museum und mit dem Lehmbruck-Museum. Wir werden überlegen müssen, wie gestalten wir Völgel IP. Auch hier sind wir vertragstreu und werden weiter diese Mittel einbringen.

(Frank Boss [CDU]: Wir hätten da noch einige Museen! Die können Sie auch übernehmen! – Zuruf von der SPD. Aber nicht in Mönchengladbach!)

– Darüber kann man immer reden. Aber Mönchengladbach war es, glaube ich, nicht gerade.

Im Gegensatz – das sage ich in Anwesenheit der Kollegen aus Westfalen – zu den Westfalen wollen wir auch weiterhin die Gelder aus der regionalen Kulturförderung an unsere Kommunen weiterleiten. Trotzdem geben wir weniger Geld – anteilig zum Haushalt und in der Summe – für

unsere Pflichtaufgabe Kultur aus als der LWL. Das sollten Sie unseren Mitgliedskörperschaften sagen, liebe Freunde von der CDU, und zu schätzen wissen.

Sie haben vor nicht allzu langer Zeit begonnen, gegen unsere Energiepolitik zu polemisieren. Ich kann mich noch gut erinnern, wie viel Kritik wir uns anhören mussten, als wir begannen, unsere ersten Initiativen für energieeffizientes Bauen und für eine saubere Energieversorgung beim LVR einzubringen.

Mittlerweile ist klar und berechenbar: Damit haben wir nicht nur die Umweltbilanz des LVR deutlich verbessert; wir haben dem LVR auch viel Geld sehr nachhaltig gespart.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Auch hier werden wir unseren Weg konsequent weitergehen und Wort halten.

Immerhin – das muss ich jetzt zur CDU sagen – hat sich die CDU in diesem Jahr bei ihren Haushaltsanträgen ein wenig mehr Mühe als im letzten Jahr gegeben.

(Frank Boss [CDU]: Die im letzten Jahr haben Sie ja gar nicht gelesen, Herr Peil!)

– Doch. Sie haben wir doch schon mal gelesen. Deswegen brauchten wir Ihre recycelten Anträge doch nicht wieder zu lesen.

(Rolf Einmahl [CDU]: Wir haben ihn aber nicht gestellt!)

In diesem Jahr haben Sie sich aber immerhin entschlossen, vielen Initiativen der GM beizutreten. So haben Sie das Projekt Kinder psychisch kranker Eltern am Anfang massiv bekämpft und sind in ihrer Mehrheit gegen den Mitteleinsatz für dieses Projekt öffentlich zu Feld gezogen, weil dieser freiwillig ist. Jetzt fordern Sie die Verlängerung des Projektes. Das halten wir für sinnvoll. Deshalb tragen wir diesen Antrag von Ihnen sogar mit, auch wenn Sie dafür mehr Geld fordern. Gucken Sie doch mal in Ihrem Bündelchen nach!

Bei der Vernetzung von Jugendhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie ist es genauso. Dazu kann ich nur sagen: Es dauert bei Ihnen zwar ein

bisschen länger, aber wir freuen uns doch darüber, dass Sie einen Sinneswandel vollziehen.

Umso eigenartiger ist natürlich Ihr Abstimmungsverhalten. Einige Ihrer Anträge erhalten eine Mehrheit, und Sie lehnen diese dann aber wiederum mit dem Gesamthaushalt ab. Das verstehe, wer will.

Ich will zum Schluss Danke sagen; Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für ihre hervorragende Arbeit bei der Umsetzung der politischen Beschlüsse der politischen Mehrheit.

Mein Dank geht natürlich an die Verwaltungsspitze mit Ulrike Lubek und dem gesamten Verwaltungsvorstand.

Ich bedanke mich wie immer bei unseren Koalitionspartnern. Es ist richtig gut mit Euch. Es ist eine gute Zusammenarbeit, die vom Einigungswillen geprägt ist. Deswegen kommen wir auch zu guten Entscheidungen.

Ich bedanke mich bei meiner Fraktion und bei unseren Dezernentinnen und Dezernenten für die konstruktive, solidarische und mit hoher Fachkenntnis geführten Debatten. Sie bringen uns weiter. Es macht Spaß mit Euch. Ich danke für Euer Vertrauen.

Selbstverständlich stimmen wir dem vorliegenden Haushaltsentwurf zu. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Das Wort hat Herr Effertz.

Lars Oliver Effertz (FDP): "Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut." Dieses Zitat von Laotse, sehr geehrter Herr Präsident Prof. Dr. Wilhelm, Frau LVR-Direktorin Lubek, lieber Herr Zurbrüggen vom LWL, lieber Herr LWL-Direktor Dr. Kirsch, meine verehrten Landesrätinnen, geschätzte Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, finde ich für den Landschaftsverband im allgemeinen, aber auch mit Blick auf die von der CDU und den Freien Wählern geführte Debatte zur Archäologischen Zone/Jüdisches Museum sehr passend.

Doch worum geht es heute genau? Heute geht es um die Beratungen des Haushalts 2013.

Es geht nicht um das kulturpolitische Engagement in Köln. Es geht nicht darum zu schauen, wo der LVR im Bereich der Kulturausgaben steht. Es geht nicht um einen Vergleich mit dem LWL, bei dem ja ersichtlich würde, dass der LVR nicht nur deutlich weniger Mittel für Kultur ausgibt, sondern auch deutlich mehr Einnahmen erzielt. Und es geht auch nicht um die Quote von 2 ½ Prozent, gemessen am Gesamthaushalt, im Vergleich zu den über drei Prozent Kulturanteil beim LWL.

Insofern könnte man zur ersten Haushaltsrede heute Morgen sagen: "Thema verfehlt!"

(Zuruf von der SPD: Ja! –
Zustimmung bei der FDP)

Doch bevor ich mich mit der sachlich-konstruktiven Kritik des Herrn Einmahl auseinandersetze, möchte ich zum Haushalt sprechen. Es gibt aus meiner Sicht drei große Themen: Der Haushalt ist wie in jedem Jahr geprägt von sozialen Leistungen. Sie machen mal wieder rund 90 Prozent der Gesamtausgaben aus. Die Kosten der Eingliederungshilfe steigen auf mittlerweile 2,2 Milliarden Euro an. Das sind Kosten, die in den letzten zehn Jahren um fast eine Milliarde gestiegen sind; eine Milliarde mehr Kosten, die voll zulasten der Kommunen gehen.

Das ist auf Dauer so nicht mehr durch die kommunale Familie zu stemmen. Hier gilt es in der Tat, den Appell an den Bund immer lauter zu formulieren! Auch wenn die Signale des Bundesfinanzministers uns zwar ein wenig zuversichtlicher in die Zukunft schauen lassen, müssen auch auf Bundesebene Taten folgen! Es darf nicht bei den Appellen bleiben.

Das, was wir aber im LVR beeinflussen können, beeinflussen wir – Stichwort: "ambulant vor stationär"! Während in allen Bundesländern die Fallzahlen im stationären Bereich weiter steigen, haben wir es durch eine intelligente Politik geschafft, diesen Fallzahlenanstieg durch mehr ambulante Hilfen nachhaltig zu steuern.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die durchschnittlichen Fallkosten sinken in NRW, und sie sinken noch deutlicher im Rheinland.

Dieses Programm "ambulant vor stationär" ist das Erfolgsmodell – ich möchte sagen: der Leuchtturm – des LVR.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Denn ohne Programm müssten wir in diesem Haushalt rund 500 Millionen Euro mehr aufwenden. Und im Lichte dessen erscheint so manche Diskussion um einzelne Kulturprojekte als albern oder auch kleingeistig.

(Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Denn diesen Haushalt in seiner Struktur retten Sie nicht durch den Verzicht auf ein einzelnes Kulturprojekt. Diesen Haushalt können Sie nur sinnvoll steuern, wenn Sie an die großen Brocken herangehen und nachhaltig Strukturen verändern!

In diesem Zusammenhang sind auch die Leistungen zur Beschäftigung in Werkstätten zu sehen. Der Haushalt sieht hierfür 2013 Ausgaben von 513 Millionen Euro vor. Das sind rund 220 Millionen Euro mehr als noch vor zehn Jahren. Deshalb ist es wichtig, dass wir in den Verhandlungen mit den Werkstätten viel härter und viel restriktiver auftreten, als wir das in der Vergangenheit getan haben.

Wir wissen von einer Werkstatt, die jedes Jahr über drei Millionen Euro in die Gewinnrücklage steckt und mittlerweile über eine Rücklage in der Höhe von über 33 Millionen Euro verfügt. Das ist schön für diese Werkstatt – keine Frage –, aber es ist auf Dauer so nicht finanzierbar vom Kostenträger, vom Landschaftsverband Rheinland.

(Lebhafte Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer struktureller Brocken sind die Schulden und die damit verbundene Zinslast. Als die Gestaltungsmehrheit 2004 die Verantwortung im LVR übernommen hat, sah der Haushaltsplan für 2005 Schulden in Höhe von 711 Millionen Euro vor. 711 Millionen Euro Schulden! Und dafür mussten wir rund 35 Millionen Euro Zinsen zahlen!

Das wollte die Gestaltungsmehrheit ändern, und das haben wir geändert! 2012 hat der LVR Schulden in Höhe von 463 Millionen Euro. Immer

noch zu viel, ohne Frage. Aber es sind rund 250 Millionen Euro weniger Schulden als zu Ihrer Verantwortungszeit, meine Damen und Herren von der CDU.

(Lebhafte Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Und nicht nur 250 Millionen Euro weniger Schulden, sondern damit verbunden auch 14 Millionen Euro weniger Zinsen! Die Zinsen sind ja, wie wir wissen, umlagerrelevant.

Zugegeben, wir profitieren von der Niedrigzinsphase ohne Frage. Aber die niedrigen Zinsen sind nur ein Bestandteil der gesamten Zinslast. Ein anderer, ein wesentlich wichtiger Grund ist der Schuldenberg, die Schuldenhöhe. Und diesen Berg haben wir erfolgreich Schritt für Schritt in der Vergangenheit abgebaut. So verändern Sie Strukturen im Haushalt!

(Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der dritte Punkt sind die viel zitierten Personalkosten. Auch wenn sie ansteigen, haben wir hier strukturell schon eine Menge bewegt. Zum einen sollten wir uns genau ansehen, warum sie eigentlich ansteigen. Sie steigen an, weil wir Aufgabenzuwächse hatten und weil die Zahl der von uns betreuten Menschen wächst. Mehr Fallzahlen bedeuten damit natürlich auch mehr Personalkosten.

Zum anderen sollten wir uns aber auch genau die Entwicklung der Personalkosten ansehen. Und dabei stellen wir fest, dass wir hier strukturell schon eine Menge verändert haben. Denn wenn wir uns die durchschnittlichen Steigerungsraten von 2000 bis 2005 einmal ansehen – und wie Sie wissen, hatte die Gestaltungsmehrheit noch nicht die Verantwortung – und wenn wir sie bis heute beibehalten hätten, würden wir heute rund 15 Millionen Euro mehr für Personal ausgeben, als wir es jetzt tun.

(Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Durch die Budgetierung, durch die Deckelung, durch Bewirtschaftungsmaßnahmen und vieles mehr haben wir diese Kosten vermieden. Weil wir intelligent steuern, verändern wir Strukturen!

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Und weil der Landschaftsverband über so viele hervorragende Mitarbeiter verfügt. Von der Sachbearbeitung bis zur Landesdirektorin haben sie alle mitgeholfen, auch in den wirtschaftlich schwierigen Zeiten dem Motto "Qualität für Menschen" treu zu bleiben. Durch Ihre Mithilfe ist es so Politik und Verwaltung gemeinsam gelungen, die Herausforderungen zu stemmen.

Ich danke daher Ihnen allen für Ihre Mitarbeit und für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Denn das Stichwort ist Konsolidierung, und Konsolidierung heißt Festigung bzw. Sicherung eines Bestandes. Das heißt für uns aber auch, neben echten Einsparungen vor allen Dingen in der Zukunft auch Kosten zu vermeiden. Das haben wir in der Vergangenheit gezeigt, und das haben wir in unserer Gestaltungszeit erreicht.

Zusammen mit der Verwaltung haben wir in den letzten Jahren sehr ehrgeizige Einsparprogramme aufgelegt. Sie waren sehr ehrgeizig. 190 Millionen Euro in drei Jahren haben wir uns vorgenommen zu konsolidieren – in Begleitung durch die Politik. Und das haben wir erreicht.

Und wenn wir ganz genau hinschauen und uns diesen Haushalt einmal ansehen, dann werden es sogar noch mehr Millionen Einsparungen sein; denn das geplante Defizit wird durch die 2. Modellrechnung des Landes nochmals um 19,7 Millionen Euro erhöht.

Hinzu kommt die Abrechnung in der Produktgruppe 074, vorschulische Bildung. Sie hatte uns ja auch schon im letzten Haushaltsjahr beschäftigt. Wir hatten damals gegen den Widerstand von Freien Wählern und der Union die Gesamtausgaben so aufgeteilt, dass wir uns für 2012 53 Millionen Euro und für 2013 weitere 17 Millionen Euro vorgenommen haben.

Stand heute haben wir bereits 60 Millionen Euro verarbeitet und damit den Ansatz von 53 Millionen Euro bereits überschritten. Es kommt hinzu, dass wir die Gesamtaufwendungen kennen. Und da wir die Gesamtaufwendungen kennen, dürfen wir auch für 2013 keinen Ansatz mehr im Haushalt haben.

Die Verwaltung hat daher konsequenterweise den Ansatz im Entwurf 2013 entplant. Das führt jetzt aber dazu, dass wir in 2012 noch einmal einen Konsolidierungsdruck von 17 Millionen Euro haben. Sofern das nicht konsolidiert werden kann, schmälert das das Eigenkapital, und das wäre sicherlich keine gesunde Entwicklung.

Eigentlich hätte die Kämmerin jetzt die Umlagehebesatzsenkung zurücknehmen und der Politik eine Erhöhung um 0,15 Prozent-Punkte vorschlagen müssen. Das hat sie aus Rücksicht gegenüber den Kommunen nicht getan. Und so müssen wir nun heute in Summe 38 Millionen Euro zusätzlich in 2012 und 2013 konsolidieren.

Was wäre nun geschehen, wenn wir der Opposition im letzten Jahr gefolgt wären und die Aufteilung der Auszahlungen in der Produktgruppe 074 anders vorgenommen hätten, so wie Sie?

Sie haben die Aufteilung damals dazu verwandt, eine Umlagehebesatzsenkung zu fordern. Das zusammen genommen, haben wir eben schon gehört, ergibt weit über 70 Millionen Euro. Das heißt, das Defizit wäre heute viele Millionen höher, als es jetzt ist. Die Ausgleichrücklage wäre aufgezehrt, und auch das wäre keine gesunde Entwicklung.

Zu den ganzen Vergleichen, die Sie, Herr Einmahl, mit Kommunen anstellen, haben Sie das im letzten Haushaltsjahr auch schon gemacht. Damals habe ich Ihnen schon gesagt, dass wir uns gerne mit denen vergleichen, die etwas besser machen. Ja, wir wollen sogar von denen lernen, die etwas besser als wir machen.

Doch nach all den Erfahrungen der letzten Jahre gehören Sie von der CDU leider nicht dazu; denn Sie hätten nichts besser gemacht als wir von der Gestaltungsmehrheit.

(Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb danke auch ich meinen Kolleginnen und Kollegen von der Gestaltungsmehrheit für die wieder mal menschlich hervorragende, freundschaftliche und in der Sache sehr erfolgreiche und effiziente Zusammenarbeit. Denn um es mit den Worten der Kanzlerin zu sagen:

(Heiterkeit und Beifall bei FDP,
SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

"Diese Gestaltungsmehrheit ist die beste Mehrheit seit 1994."

(Heiterkeit und Beifall bei FDP,
SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Und auch wenn ich nicht davon ausgehe, dass die FDP von Gott geschickt wurde,

(Heiterkeit bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

so haben wir in der Tat die Union auch in diesen Haushaltsberatungen geprüft – und ich muss Ihnen leider sagen: Sie sind durchgefallen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei FDP,
SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn Sie in einzelnen Feldern gute Arbeit geleistet haben, wenn viele Kollegen aus der Union in den Fachausschüssen hervorragende Arbeit machten und konstruktive Anträge gestellt haben, denen wir ja auch in vielen Bereichen zugestimmt haben – Sie sehen also, dass wir keine Frontalmehrheit machen –, auch wenn also viele Kollegen hier eine gute Arbeit in der Sache machen, haben Sie leider nicht die Kraft, das auch gegenüber der eigenen Fraktionsführung durchzusetzen.

(Zustimmung bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Und deswegen sind Sie in Gänze leider durchgefallen.

(Oh! bei CDU und Freien
Wählern/Deinen Freunden)

Zum Abschluss gehe ich nun noch im Detail auch auf die konstruktiven Anmerkungen des Kollegen Einmahl ein. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Große Heiterkeit bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP Fraktion stimmt dem Haushalt zu; denn wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.

(Lebhafter Beifall bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Das Wort hat Frau Detjen.

Ulrike Detjen (Die Linke.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Herren! Werte Damen! Liebe Gäste auch aus der alten Heimat! Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen befinden sich nach wie vor in einer schwierigen Finanzsituation. Deshalb trägt die Linke die Senkung der Landschaftsumlage mit. Nur: Das ändert die Finanzsituation der Kommunen leider nicht grundlegend. Da muss etwas anderes passieren.

Wir brauchen eine sichere Finanzierungsbasis für die Kommunen und nicht immer neue Steuerreformen, die den Städten und Gemeinden Finanzmittel entziehen, sowie nicht immer neue Aufgaben, für die die Kommunen kein Geld erhalten.

(Beifall bei Die Linke.)

Die Gewerkschaft ver.di stellt in ihrem Kommunalfinanzbericht für 2012 fest, dass den nordrhein-westfälischen Gemeinden seit dem Jahr 2000 Steuermittel in Höhe von 18 Milliarden Euro allein durch Steuerreformen entgangen sind. Das sind bereinigte Zahlen ohne die Auswirkungen der Finanzkrise.

Diese Einnahmeverluste sind im Wesentlichen durch Steuergeschenke an Reiche und Wohlhabende und an die Unternehmen zustande gekommen.

(Beifall bei Roland Busche [Die Linke.]

Da können wir und Sie konsolidieren, so viel wir wollen – diese Einnahmeverluste können wir nicht aufwiegen. Da reicht auch die Übernahme der Grundsicherung durch den Bund nicht. Der Staat braucht mindestens die Einnahmen aus einer Vermögensteuer. Es gibt ja auch noch andere Parteien als wir, die das fordern.

Ich glaube auch, dass wir den Spitzensteuersatz wieder anheben müssen; sonst werden wir keine andere Situation in den Finanzen haben.

(Zustimmung von Roland Busche [Die Linke.]

Wir können viel konsolidieren, aber wir können nicht viel wegkonsolidieren, weil 90 Prozent der Aufgaben dieses Verbandes soziale Pflichtauf-

gaben sind, die eigentlich keinen Spielraum bieten.

Was ist die Konsequenz der Gestaltungsmehrheit und, wenn ich dies richtig sehe, auch die der anderen Parteien in dieser Versammlung? Das ist die Budgetierung und die Deckelung der Personalausgaben.

(Zustimmung von Roland Busche [Die Linke.]

Der Stellenplan entpuppt sich damit als Makulatur. Entscheidend sind die Personalbudgets. Das geht zulasten der Beschäftigten, die die Pflichtaufgaben ja erfüllen müssen. Damit ist Die Linke nicht einverstanden.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Wir wissen – und Sie müssten es ja inzwischen auch wissen –, dass wichtige Aufgaben mangels Personal nicht erfüllt werden können und dass damit die Qualität der Unterstützung für Klientinnen und Klienten des Landschaftsverbandes sinkt.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Sehr geehrte Herren und Damen, ich hatte bereits eben gesagt, dass Sie mit Ihren Konsolidierungsbemühungen die Finanzmisere der Kommunen nicht lösen werden. Wir brauchen eine bundespolitische Lösung. Jedoch auch ich sehe das Land nicht außen vor. Der Finanzierungsanteil des Landes ist mal wieder niedriger als geplant.

Wenn ich mir die Kurve seit 1954 angucke, frage ich mich manchmal, wann wir denn irgendwo bei Null landen. Ich hoffe nicht.

Der Inklusionsplan liegt endlich vor. Er hat ja nun wirklich lange genug gebraucht. Ich finde, dass er an vielen Stellen ein nützliches Dokument ist, das die Inklusion in diesem Land voranbringen kann. Allerdings: Das Argument, das Land müsse kein Geld dafür aufwenden, verstehe ich wiederum nicht.

(Zustimmung von Roland Busche [Die Linke.]

Das Konnexitätsprinzip gilt auch und erst recht für die Inklusion. Wie sollen Kindertageseinrichtungen und Schulen inklusiv gestaltet werden, wenn die notwendigen Mittel nicht zur Verfügung stehen?

Wir werden uns im kommenden Jahr mit verschiedenen offenen Fragen in der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen befassen müssen. Weder sind die für die Kindereinrichtungen noch die für die Förderschulen vorgeschlagenen Lösungen befriedigend im Sinne der Betroffenen. Es muss noch nachgebessert und geändert werden.

(Zustimmung von Roland Busche [Die Linke.])

Qualität für Menschen kann nicht bedeuten, dass der LVR an allen Ecken und Enden nach Kürzungsmöglichkeiten sucht, die zwangsläufig die Qualität der Unterstützung beeinträchtigen.

(Zustimmung von Roland Busche [Die Linke.])

Das ist so im Therapeutenbereich, zu dem wir ja einen Antrag gestellt haben: Mit dem Eckpunktebeschluss zum Haushalt 2011 wurde der Therapeutenschlüssel mit der Begründung ausgesetzt, so neue "Steuerungsinstrumente" prüfen zu können, entsprechend dem kostengünstigeren Modell des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe mit seinen externen Therapeutinnen und Therapeuten.

In der entsprechenden Vorlage hieß es damals dazu – ich zitiere –:

Das Konzept des LWL zur Sicherung und Optimierung der therapeutischen Förderung in den LWL-Schulen ist als erfolgreich einzustufen. Die Verwaltung schlägt deshalb der politischen Vertretung vor, den Therapeutenschlüssel aufzuheben.

Im Zuge der Prüfung hat der LVR dankenswerter Weise seinen Blick auch auf die Qualität der therapeutischen Versorgung gerichtet. Man ist schnell zu dem Schluss gekommen, dass die integrierte Unterstützung, die wir jetzt leisten, mit externen Therapeutinnen nicht zu leisten ist und aufrechterhalten werden soll.

(Zustimmung von Roland Busche [Die Linke.])

Physio- und ergotherapeutische Leistungen sollen weiterhin durch LVR-Therapeutinnen und -Therapeuten erbracht werden. So weit, so gut. Man kam im Zuge der Prüfung durch eine neue Vereinbarung auch zu dem Ergebnis, dass sich die abrechenbaren Solleinheiten, also die Refinanzierungsquote durch die Krankenkassen, er-

heblich steigern lassen: von zurzeit 17 auf bis zu 30 Stunden. Auch das ist ein Erfolg.

Damit sind aber wesentliche Argumente für den Wegfall des Schlüssels hinfällig.

(Zustimmung von Roland Busche [Die Linke.])

Der Schlüssel wurde hier von der Politik – und ich glaube, aus guten Gründen – drei Mal – 2003, 2005, 2007 – ausdrücklich bekräftigt, nachdem die damalige Landesregierung unter Finanzminister Steinbrück und Ministerpräsident Clement die Finanzierung der Therapeutinnen durch das Land gestrichen hatte. Der Schlüssel hat erfolgreich verhindert, dass ein elementares Qualitätsmerkmal der LVR-Schulen sukzessive untergraben wird.

(Zustimmung von Roland Busche [Die Linke.])

Man konnte die vorgegebenen Quoten zwar nie ganz erreichen, aber allzu weit entfernt davon sind wir nicht gewesen. Die Linke. fordert deshalb die erneute Einsetzung des Schlüssels genau aus diesen Gründen.

(Beifall bei Roland Busche [Die Linke.])

Wir wollen einen festen durchschnittlichen Schlüssel auf dem Stand vor seiner Aussetzung – da lag er bei 17,5 –, um zu verhindern, dass unter dem ständigen Konsolidierungsdruck die Quote sukzessive verschlechtert wird. Ohne diesen Pflock, so befürchten wir, fällt es allzu leicht, diesen Standard an unseren Schulen zu senken.

(Zustimmung von Roland Busche [Die Linke.])

Leider haben Sie unserem Antrag nicht zugestimmt. So ist zu befürchten, dass die durch die Aufhebung des Schlüssels schon deutlich verschlechterte Quote, die nunmehr bei ungefähr 21 liegt, weiter verfällt und der Personalbudgetierung geopfert wird.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Bei den Ferien- und Freizeitmaßnahmen haben wir die Situation, dass die zur Verfügung stehende Summe auf insgesamt 800.000 Euro halbiert worden ist – und das, obwohl wir eine weiter zunehmende Zahl von Anspruchsberechtigten haben. Der Betrag, der bei den Ferienmaßnahmen pro Antragstellerin und Antragsteller gewährt wird, löst mit einer Höhe von gerade mal 65 Euro

zusätzlich das Problem Unterstützung von inklusiven Ferien nicht.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Überlegen Sie mal, wie weit Sie mit 65 Euro zusätzlich für den gesamten Urlaub kommen! Menschen mit besonderen Bedürfnissen können einen Urlaub mit so wenig Geld nicht decken.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Und: Wir haben außerdem bei den Ferienmaßnahmen noch immer eine inzwischen wirklich veraltete Struktur. Sie ist eher träger- als personenorientiert. Vielleicht ist das der Grund, warum Menschen, die in ambulanter Unterstützung leben, so wenige Anträge stellen. Noch immer ist die Gruppenreise Voraussetzung für die Förderung, auch wenn die Gruppe klein ist – aber sie muss eine Gruppe von Menschen mit Behinderungen sein. Das ist nicht inklusiv.

(Zustimmung von Roland Busche [Die Linke.]

Da nützt es auch nichts, dass wir jetzt untersuchen, ob die Aufenthaltsorte und die Ferenziele inklusiv sind. Sie haben unseren Antrag abgelehnt. Ich fordere Sie aber auf, im kommenden Jahr einen genaueren Blick auf diese Ferienmaßnahmen zu werfen. Lassen Sie uns versuchen, an die Stelle der trägerorientierten, bürokratieaufwendigen Hilfe ein Verfahren zu entwickeln, das den Menschen mit Behinderung im Zentrum hat. Ein fester, einfach zu beantragender Pro-Kopf-Betrag könnte zum Beispiel ein Schritt dahin sein.

(Bravo! und Beifall bei
Roland Busche [Die Linke.]

Zur Unterstützung von inklusiven Freizeitaktivitäten kann ich nur mitteilen, dass ein großer Teil von Menschen mit Behinderung der Auffassung ist, es gäbe diese Unterstützung nicht mehr. So funktioniert Konsolidierung dann auch.

(Zustimmung von Roland Busche [Die Linke.]

Kein Antrag muss abgelehnt werden, weil die Auffassung verbreitet ist, man könne ihn gar nicht erst stellen. Sie betrachten beide Aufgaben als freiwillige Leistungen. Die Linke. ist sich jedoch sicher, dass Inklusion für alle Lebensbereiche gilt und seit dem 1. März 2009 für alle eine Pflichtaufgabe ist.

(Zustimmung von Roland Busche [Die Linke.]

Qualität für Menschen kann sich nicht auf das Allernotwendigste beschränken. Sie muss auch in der Freizeitgestaltung stattfinden. Ich hoffe in diesem Sinne, dass die Gestaltungsmehrheit die Gelegenheit ergreift und vielleicht im nächsten Jahr einen passenden Antrag stellt. Bei der Familienfreundlichkeit im Klinikverbund hat unser Antrag zur Personalförderung und -bindung ja auch mit einem Jahr Verspätung Eingang in die Beschlussfassung gefunden. Wir freuen uns darüber.

(Beifall bei Die Linke.)

Werte Damen und Herren von der CDU, Sie haben uns in den vergangenen Monaten vorgeführt, wie sich eine Partei von der Gestaltung zur Belastung entwickeln kann.

(Zustimmung bei Die Linke.
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben über lange Jahre die Geschicke des Landschaftsverbandes und damit auch die Lebensverhältnisse von Menschen mit Behinderungen mit gestaltet. Sie haben die regionale Kulturförderung mit getragen. Die Städte und Gemeinden, aus denen Sie kommen, gewinnen daraus.

Nun machen Sie eine wirklich beispiellose Kampagne gegen den Landschaftsverband. Als die Auflösung der Landschaftsverbände angedroht wurde – von der SPD und auch von Teilen der CDU im Land –, haben Sie den Verband an vorderster Front mit verteidigt.

(Frank Boss [CDU]: Wieso
von CDU, Frau Detjen!)

– Das kann man nachvollziehen.

Damals waren sich alle Parteien einig, dass die Landschaftsverbände bestehen bleiben müssen. Jetzt schaffen Sie mit Ihrer Kampagne gegen das Jüdische Museum und die Archäologische Zone in Köln eine Stimmung, der LVR werfe das Geld zum Fenster hinaus.

Herr Einmahl, Sie haben belastbare Zahlen verlangt. Ich hätte es wirklich schön gefunden, wenn Sie auf diese Darstellung verzichtet hätten.

(Zustimmung von Roland Busche [Die Linke.] – Frank Boss [CDU]: Schauen

Sie mal die Berichtsvorlage der Verwaltung an! Da steht das genau so drin!

– Dann sagen Sie doch nicht, dass es keine belastbaren Zahlen gibt, und tun Sie in ihren Veröffentlichungen nicht so, als gäbe es welche.

(Zustimmung bei Die Linke.)

So etwas ist schädlich für das Ansehen des gesamten Verbandes. Die Linke. trägt das Angebot des LVR an die Stadt Köln mit. Wir wissen aber auch, dass dieses Angebot im nächsten und auch im übernächsten Jahr nicht haushaltswirksam werden wird. Das haben Sie in vielen Ihrer Stellungnahmen mitzuteilen vergessen.

(Zustimmung bei Die Linke.)

Wann dieses Angebot haushaltswirksam werden kann, liegt jetzt in den Händen des Rates der Stadt Köln. Die Stadt Köln muss beschließen, wann und wie sie bauen will. Dann kann der LVR die Fortführung des Projektes unterstützen. Sie wenden sich mit Ihrer Kampagne schon dagegen, dass der LVR überhaupt die Hand ausstreckt und ein Angebot macht. Das ist Ihr gutes Recht! Aber die Art und Weise, wie Sie das getan haben, finde ich wirklich nur noch peinlich, wenn ich mir dieses Heft angucke.

(Zustimmung bei der
Linken., SPD und FDP)

Sehr geehrte Herren und Damen, Die Linke. wird diesen Haushalt ablehnen, weil wir meinen, dass er die Qualität der Unterstützung für Menschen mit Behinderungen nur unzureichend sichert und dass er das Personal unter Budgetierungsdruck setzt.

Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landschaftsverbandes – ob in der Hierarchie oben oder unten – für ihren Einsatz und für ihr Engagement. – Und ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei Die Linke.)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Das Wort hat Herr Rehse bitte.

Henning Rehse (Freie Wähler/Deine Freunde): Es ist schon ein Anreiz, 2014 den Wunsch zu

haben, die Rede vor den Linken. zu halten. Na ja, damit muss man leben.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wilhelm! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin Lubek! Sehr geehrte Frau Erste Landesrätin Hötte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt 2013 ist mittlerweile der vierte Haushalt, den die Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde mitzubearbeiten und mitzuentcheiden hat. Drei Jahre konnten wir in den politischen Gremien des LVR Erfahrungen sammeln, erschlossen sich für uns Zusammenhänge, fanden Dinge unsere Zustimmung oder Ablehnung, lernten wir, was geht und was nicht, schlugen wir bei einigen Dingen jedoch auch die Hände über dem Kopf zusammen und sind fassungslos ob des Erfahrenen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Verwaltung und ihre Arbeit fallen nach unserem Urteil in die Abteilung "außerordentlich positiv". Wir, die wir jeder von uns auch Erfahrungen mit unseren örtlichen Verwaltungen gesammelt haben, kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass es sich in Summe bei der Verwaltung des LVR um die im Vergleich qualifizierteste und auch zuvorkommendste Verwaltung handelt.

(Beifall bei den Freien Wählern/Deinen
Freunden sowie Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wir fühlen uns von ihr seriös, qualifiziert und fair beraten, und das nicht nur zu den Haushaltsplanberatungen. Dafür sagen wir Ihnen, Frau Lubek, der Ersten Landesrätin Frau Hötte und stellvertretend für alle Mitarbeiter den Landesräten Dank.

Zum Haushalt: Alle in meiner Haushaltsrede zum Haushalt 2012 aufgeworfenen Fragen haben wir während des vergangenen Jahres abgearbeitet. Das Ergebnis war größtenteils ernüchternd: So einfach liegen die Millionen nicht auf dem Feld der Konsolidierungsmöglichkeiten, dass man sie einfach einsammeln könnte.

"Qualität für Menschen" – ein Slogan, der die Leistungen des LVR zu einhundert Prozent zutreffend beschreibt. Qualität ist aber untrennbar auch mit Standards verbunden, und hier stellt sich eine Grundsatzfrage: Ist bei einer Senkung von Standards eine akzeptable Qualität noch darstellbar? Dieser Frage sollten wir uns im nächsten Jahr gemeinsam stellen; denn ohne ih-

re Beantwortung ist der Antrag "Konsolidierung des LVR-Haushalts fortsetzen" der CDU, den wir nachdrücklich unterstützen, nicht umsetzbar.

30 Millionen Euro sind beileibe kein Pappentil. Und wir müssen diese 30 Millionen Euro zusätzlich konsolidieren, wenn wir das ursprüngliche Konsolidierungsziel von 190 Millionen Euro über drei Jahre auch nur annähernd erreichen wollen: Die letzten 61 dieser 190 Millionen Euro sind im Haushalt 2013 verarbeitet.

Dagegen laufen allerdings Wenigereinnahmen von 19 Millionen Euro aus der 2. Modellrechnung und 17 Millionen Euro Mehrausgaben für die "berühmt-berüchtigte Produktgruppe" 074 – macht in der Summe eine Verschlechterung von 36 Millionen Euro.

Wer diesem CDU-Antrag nicht zustimmt, führt seine eigenen Konsolidierungsbekundungen ad absurdum.

Während die Kommunen ihre Standards, ihrer meist nicht selbst zu verantwortenden finanziellen Situation schuldend, mehr und mehr zurückfahren müssen, sind die Standards beim LVR deutlich höher als bei den Kommunen. Auch das gilt es zu hinterfragen. Solidarität in der kommunalen Familie bedeutet eben auch, die Augen nicht davor zu verschließen, wenn sich die Mitgliedskörperschaften in den Stärkungspakten 1 und 2, Nothaushalten und dem damit verbundenen Konsolidierungsdruck befinden.

Ein konkretes Beispiel: Während die Kommunen Jahr für Jahr Personal abbauen, den Service für die Bürger ausdünnen, weist unser Personalapparat saldiert ein Plus von 24,5 Stellen gleich 1,1 Millionen Euro Mehrausgaben aus. Da wir aufgrund des gerade Ausgeführten grundsätzlich gegen eine Ausweitung des Personals sind, haben wir den Stellenplan abgelehnt.

Der Antrag der Mehrheit von SPD, FDP und Grünen "Personalentwicklung und -finanzierung" verursacht ca. eine Million Euro zusätzliche Kosten jährlich. Auch ihn lehnen wir ab.

Da wir gerade beim Thema Personal sind, komme ich zu einem der Punkte, der uns in Anbetracht der finanziellen Lage in der Tat mit Fassunglosigkeit erfüllt: Wir stellen fest, dass die Mehrheit aus SPD, FDP und Grünen den Personalapparat des LVR teilweise wie ein in ihrem Ei-

gentum befindliches Netz- und Versorgungswerk betrachtet und einsetzt.

(Zustimmung bei den Freien Wählern/Deinen Freunden und CDU)

Beispielsweise seien hier die teilweise von der Mehrheit initiierten skandalösen Vorgänge um die Besetzung der Leitung der Klinik Köln und der Jugendhilfe Rheinland genannt.

(Zuruf von der FDP)

Bei der Durchsetzung Ihrer politischen Ziele, mit welchen Mitteln auch immer, scheut es die Mehrheit in diesem Hause nicht, sogar ihr politisch nahestehende Spitzenkräfte in diesem Hause in Bedrängnis zu bringen.

(Zustimmung bei den Freien Wählern/Deinen Freunden und CDU)

Stichwort Europa: Frau Lubek hat richtiger- und dankenswerter Weise den "Brüsseler Karneval" dem ewigen Aschermittwoch zugeführt. Frau Lubek, Sie können sich sicher sein, dass wir Sie beim Abschneiden solcher lediglich prestigeträchtiger Zöpfe stets unterstützen werden.

(Beifall bei den Freien Wählern/Deinen Freunden und CDU)

Einige Sätze möchte ich mir noch zu bestimmten Anträgen – ich nenne sie mal die Anträge mit dem "Blupp" – erlauben. Anträge mit dem "Blupp" deshalb, weil sie meistens recht inhaltslos sind – deshalb der "Blupp" der heißen Luft – und sie erneut ohnehin nichts Relevantes oder bereits Bekanntes nochmals aufwärmen, Verwaltungskraft binden, einzig mit dem Ziel, sich vor wem auch immer in Szene zu setzen und sich lobend auf die Schulter klopfen zu können: "Wir haben auch ein paar Anträge gestellt!".

Genau das ist der Grund, warum wir in diesem Jahr keine Anträge zum Haushalt gestellt haben. "Blupp-Anträge" helfen im Moment nicht wirklich weiter.

Einige Beispiele für "Blupp": Inklusive Wohnprojekte müssen wir im Zuge der Umsetzung der Inklusion ohnehin schaffen, Inklusion und selbstbestimmte Teilhabe ermöglichen, Inklusion im Kita-Bereich voranbringen. Wieso bedarf es dazu noch gesonderter Anträge? Erhalt von Arbeits-

plätzen für Menschen mit Behinderung. Teilhabe am Arbeitsleben. Was denn sonst?

Am 24.12. ist auch Heiligabend, ohne dass es dazu eines Antrags bedarf!

(Heiterkeit und Zustimmung bei den Freien Wählern/Deinen Freunden und CDU)

Sind unsere Kliniken etwa familienunfreundlich? Was soll so ein Antrag? Und dann noch ein paar Modellprojekte, Überblicke über selbige und natürlich noch eine weitere Studie über damalige Lebensverhältnisse. Und Fahrradabstellanlagen an LVR-Anlagen. Ich zitiere: Dreiräder und Tandems, Ergänzungsvorlage. Vergesst Gokarts und Bobbycars nicht. Aber lasst es Euch von einem bergischen Jung sagen: bitte nur in Landschaften, wo Radverkehr auch praktikabel ist – und nicht da, wo man ob der Anreise mittels Rad schon durchnässt am Arbeitsplatz ankommt. Sonst stellt sich irgendwann die Frage: Fällt das Duschen nach der Ankunft innerhalb oder außerhalb der Arbeitszeit?

(Heiterkeit und Beifall bei den Freien Wählern/Deinen Freunden und CDU – Ralf Klemm [Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Abgelehnt!])

Und natürlich Prozesswärme für Kältemaschinen. Oder meinten Sie, liebe Kollegen von der CDU, durch Kältemaschinen? Schade, dass bei so viel heißer Luft in manchen Anträgen der Joule-Thomson-Effekt¹ nicht umkehrbar ist. Er wäre eine schier unermessliche Energiequelle für den LVR.

Der Organisationsuntersuchung und Personalbedarfsüberprüfung für das Dezernat 4 stimmen wir hingegen ausdrücklich zu; gehen wir davon aus, dass dies die einleitenden Arbeiten für eine mittelfristige Zusammenlegung der Dezernate Jugend und Schule sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Medaille Haushalt, Haushaltsberatungen und Haushaltsverabschiedung hat stets zwei Seiten: das saubere und seriöse Zahlenwerk der Verwaltung und

¹ Der Joule-Thomson-Effekt, nicht zu verwechseln mit dem Thomson-Effekt, tritt auf, wenn ein Gas oder Gasgemisch durch Drosselung (isenthalpe Druckminderung) eine Temperaturänderung erfährt. (aus: Wikipedia)

die Positionierung darüber, wie die politische Grundausrichtung in dem Fall des Landschaftsverbandes sich aktuell beschreiben lässt. In vielen Bereichen drückt die Mehrheit aus SPD, FDP und Grünen teilweise ohne Rücksicht auf Verluste dem LVR ihren Stempel auf und – wie wir heute gehört haben – ist darauf auch stolz.

Das gilt es als guter Demokrat zu akzeptieren, 2014 werden die Karten neu gemischt.

(Ralf Klemm [Bündnis 90/DIE GRÜNEN]: Aber ohne Sie!)

Nichtsdestotrotz können wir nicht gezwungen werden, dieses "Stempeln" durch Zustimmung zum Haushalt auch noch zu legitimieren. In den vergangenen Jahren haben wir als Fraktion zu Einzelpunkten Anträge gestellt, bei deren Unterstützung durch eine Mehrheit in diesem Hause wir selbstverständlich auch den Haushalt in Gänze mitgetragen hätten. So groß waren die Unterschiede nicht, hätte man sie nicht mit etwas Entgegenkommen der Mehrheitsfraktionen überbrücken können. Das war aber von diesen nicht gewollt. C'est la vie!

In diesem Jahr stellt sich aber die Situation grundlegend anders dar. Wenn auch derzeit noch nicht in konkreten Zahlen darstellbar, zieht das hausgemachte Unwetter "Köln macht's – die kommunale Familie bezahlt's" bereits am Horizont auf, mag dieser Horizont auch erst Ende dieser Dekade finanziell fassbar werden.

Kolleginnen und Kollegen von SPD, FDP und Grünen! Attacke, Hetze! Mein Gott, geht's auch eine Klasse kleiner? Wir hetzen nicht; wir attackieren nicht; wir sind schlichtweg bei dem Thema anderer Meinung.

(Zurufe von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Projekt Archäologische Zone/Jüdisches Museum – und ich sage dies hier auch, um Legendenbildung vorzubeugen –: Es ist uns völlig egal, ob das ein jüdisches, ein römisches oder ein germanisches Museum ist. Wir haben zurzeit für überhaupt kein Museum Geld, das wir aus der Umlage finanzieren und aufbringen können. Andere Quellen sind uns nicht genannt worden.

(Zustimmung bei den Freien Wählern/Deinen Freunden und CDU)

Ihr Projekt Archäologische Zone/Jüdisches Museum legt die Axt an die Wurzeln solidarischen Miteinanders innerhalb der kommunalen Familie.

(Zustimmung bei den Freien Wählern/Deinen Freunden und CDU)

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die in stattlicher Zahl eingegangenen Stellungnahmen hierzu. Sie spielen hier mit einem der wichtigsten Güter, das die kommunale Gemeinschaft besitzt: der Solidarität!

Liebe Genossinnen und Genossen der SPD, erinnern Sie sich mal an ein ganz wichtiges Wort Ihres großen Johannes Rau: "Versöhnen statt spalten."

(Mark Stephan Pohl [FDP]:
Wer spaltet denn hier?)

Dessen sollten Sie sich mal in Bezug auf die Archäologische Zone bewusst werden.

(Zustimmung bei den Freien Wählern/Deinen Freunden und CDU)

Ich warne Sie nochmals davor, dieses Projekt auf dem Rücken unserer Umlagezahler durchzupeitschen!

(Ralf Klemm [Bündnis 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt zittern wir aber!)

Ich werde hier sicherlich nicht die Fachdiskussion aus den Ausschüssen wiederholen, möchte jedoch einige Eckpunkte in diesem höchsten Beschlussorgan des LVR noch einmal in Erinnerung rufen:

1. Die Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde steht dem Projekt Archäologische Zone/Jüdisches Museum grundsätzlich wohlwollend gegenüber. Dass es sich um ein kulturhistorisch bedeutsames Areal handelt, wird von uns grundsätzlich nicht bestritten, obwohl die Fachverwaltung des LVR bislang noch keine Notwendigkeit für den Bau eines Museums festgestellt hat.
2. Das Projekt ist ein Baby der Stadt Köln, die dieses sicherlich nicht einfach zuschütten wird.
3. Wie man im "Kölner Stadt-Anzeiger" – –

(Ständige Zwischenrufe von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

– Mein Gott, seid doch nicht immer so nervös. Ihr müsst doch auch mal zuhören! Ich bin doch gleich fertig. Meine Güte!

(Große Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Und die stehen dann teilweise auch noch für einen Bildungsauftrag und lassen mich noch nicht mal ausreden.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Sind Sie der neue Fraktionsvorsitzende der CDU?)

– Nee, ich arbeite aber dran.

(Weitere lebhaftere Zurufe aus allen Fraktionen)

– Hört mal, ihr müsst euch das jetzt noch anhören! Ich kann auch nichts dafür. Ich zieh' das jetzt durch – gnadenlos! Ich trage auch noch die Anlagen in der Rede vor!

(Beifall bei den Freien Wählern/Deinen Freunden)

3. Wie man im "Kölner Stadt-Anzeiger" vom 12.12.2012

– schönes Datum! –

in der Online-Ausgabe nachlesen kann, hält sogar der Kulturdezernent der Stadt Köln

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: Der alte oder der neue?)

– und einen unverdächtigeren Zeugen ist es kaum möglich zu benennen –, Georg Quander, mindestens ein Moratorium für das Projekt geboten.

4. Bodendenkmalpflege – –

(Erneuter Zuruf von Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP])

– Mensch, Frau Strack-Zimmermann, gehen Sie doch mal in die Zone und halten mal einen Moment den Mund!

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann [FDP]: In welche Problemzone? – Heiterkeit und Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

4. Bodendenkmalpflege – –

(Der Redner zeigt sich erheitert)

Ich hätte jetzt fast gesagt: "Bodendenkmalpflege auf dem Gebiet der Stadt Düsseldorf." Aber es ist ja Köln. Die Zimmermann bringt mich total aus dem Konzept.

(Allgemeine Heiterkeit und Oh!-Rufe)

4. Bodendenkmalpflege auf dem Gebiet der Stadt Köln ist nicht Aufgabe des LVR.
5. In Anbetracht der angespannten finanziellen Lage des LVR und der dramatischen Finanzlage der kommunalen Gebietskörperschaften sehen wir für dieses Projekt keinen Spielraum. Betriebskosten im hohen siebenstelligen Bereich – derzeit geht der LVR von 6,8 Millionen Euro jährlich aus – zu finanzieren, hat der LVR keinen Spielraum. Eine Summe, die über zehn Prozent des aktuellen LVR-Kulturetats ausmacht. Nun sollen über die Verbandsumlage die Städte und Gemeinden des Rheinlandes, die oftmals im HSK stehen, ein Museum in Köln bezahlen, während sie vor Ort zu erheblichen und einschneidenden Sparmaßnahmen gezwungen sind. Köln leistet sich ein neues Museum, und die kommunale Familie soll's bezahlen.

Ich weiß, Sie haben die Abstimmungen darüber durchgezogen und werden dies ohne Rücksicht auf Verluste auch zukünftig tun. Da dies mit seriöser Finanzpolitik rein gar nichts zu tun hat, ist in dieser Hinsicht das Tuch zwischen uns zerschnitten.

(Oh! bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Insofern werden wir dem Haushalt 2013 wie bereits dem Stellenplan unsere Zustimmung nicht geben!

Nichtsdestotrotz wünsche ich Ihnen allen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest, ein glückliches neues Jahr, nicht Erfolg in jeder Hinsicht, aber zumindest den persönlichen Erfolg.

(Lebhafter Beifall bei den Freien Wählern/Deinen Freunden – Ralf Klemm [Bündnis 90/DIE GRÜNEN]: Danke!)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Ralf Klemm [Bündnis 90/DIE GRÜNEN]: Oh, eben hatten wir gerade Spaß! Die Anlagen!)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

(Zuruf von Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Die Anlagen!)

– Die Anlagen werden auch nicht verlesen.

Wir kommen deshalb zu **Punkt 10.1.**

Anträge zum Haushalt

Das heißt wir befinden uns bei diesem Punkt. Ich will aber noch einmal sagen, wie wir das Abstimmungsverfahren durchführen wollen.

Wir haben uns in der Sitzung des Landschaftsausschusses am 17.12.2012 darauf geeinigt, auf eine Einzelabstimmung in der Landschaftsversammlung über die Anträge zu verzichten. Dem haben alle Fraktionen zugestimmt.

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung über alle Anträge entsprechend der Ihnen vorliegenden Liste, die auf der Beschlussituation des Landschaftsausschusses beruht.

Ich darf um Handzeichen derjenigen bitten, die dieser Entscheidung ihre Zustimmung geben möchten. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen sind nicht möglich. Dann haben wir der Liste so **zugestimmt.**

(Zuruf: Die Freien Wähler haben überhaupt nicht reagiert!)

– Nein, das war auf der Basis der Beschlüsse des Landschaftsausschusses.

Tagesordnungspunkt 10.2.:

Einwendungen gegen die Haushaltssatzung

– Vorlage 13/2618 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 17.12.2012 die Vorlage 13/2618 beraten und mehrheitlich gegen die Stimme der CDU-Fraktion empfohlen, gemäß Vorlage zu beschließen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Keiner. Dann ist mit Mehrheit so **beschlossen.**

Punkt 10.3.:

Haushaltssatzung des LVR mit Haushaltsplan, Stellenplan und sonstigen Anlagen für das Haushaltsjahr 2013
– Vorlage 13/2627 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 17.12.2012 die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 beraten und bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Linke. mehrheitlich empfohlen, entsprechend der Vorlage 13/2627 zu beschließen.

Wer der Vorlage, also der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013, wie eben vorgelesen, die Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit Mehrheit so **beschlossen** worden.

Die Anzahl der anwesenden Mitglieder jetzt nach dem Abstimmungsergebnis beträgt 67 dafür, 58 dagegen, also mit Mehrheit so beschlossen.

(Ralf Klemm [Bündnis 90/
DIE GRÜNEN]: Sehr schön!)

Tagesordnungspunkt 10.4

Wirtschaftsplanentwürfe

10.4.1:

**Wirtschaftsplanentwurf 2013
LVR-InfoKom**
– Vorlage 13/2527/1 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 17.12.2012 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend zu beschließen.

Gibt es Wortmeldungen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall.

10.4.2:

**Wirtschaftsplanentwurf 2013 sowie
der Veränderungsnachweis zum
Wirtschaftsplan der LVR-Jugendhilfe
Rheinland**
– Vorlage 13/2517/1 –

Auch hier hat der Landschaftsausschuss am 17.12.2012 die Vorlage beraten und einstimmig

empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ebenfalls nicht. Wir haben so **beschlossen**.

10.4.3.:

**Wirtschaftsplanentwürfe 2013
sowie Veränderungsnachweise zu
den Wirtschaftsplänen 2013 des LVR-
Klinikverbundes**
– Vorlage 13/2556 –

Der Landschaftsausschuss hat einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage 13/2556 zu beschließen.

Auch hierzu sehe ich keine Wortmeldungen.

Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Wir haben so **beschlossen**.

10.4.4.:

**Wirtschaftsplanentwürfe 2013 sowie
Veränderungsnachweise zu den
Wirtschaftsplänen 2013 des LVR-Verbun-
des Heilpädagogischer Hilfen**
– Vorlage 13/2598 –

Entsprechendes Verhalten und Empfehlung einstimmig des Landschaftsausschusses am 17.12.

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Möchte jemand dagegen stimmen? – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 11:

**Resolution der Landschaftsversammlung
Rheinland zum neuen Entgeltsystem
Psychiatrie und Psychosomatik**
– Vorlage 13/2647 –

Auch hier hat der Landschaftsausschuss am Montag, dem 17.12., die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend dieser Vorlage zu beschließen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Wir haben einstimmig so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 12:

Fragen und Anfragen

Mir liegen keine Anfragen vor.

Bitte erlauben Sie mir zum Ende der Sitzung noch einen Hinweis auf die diesjährige Weihnachtsgabe für Ihr ehrenamtliches Engagement.

Ich habe Ihnen eine Fotografie von Boris Becker – nicht dem Tennisspieler, sondern dem Fotografen, einem Becher-Schüler, berühmter Mann – auslegen lassen. Ich hoffe, sie findet Gefallen, und Sie haben Freude daran.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2013.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung: 12.10 Uhr)